

Er war Mitbegründer des Bundes der Antifaschisten in der DDR

Gerhard Fischer verstorben

Unser Kamerad Prof. Dr. Gerhard Fischer ist nach tapfer ertragener Krankheit am 9. August 2013 im Alter von 83 Jahren verstorben und wurde in Berlin mit den Riten der Freimaurer beigesetzt. Er war Mitglied der CDU und vor 1989 in den obersten Gremien der CDU der DDR tätig.

Gerhard war sehr lange als Bundessprecher der VVN-BdA tätig und hat viel zur Annäherung von Ost und West beigetragen. Mit ihm verbinden sich zahlreiche Initiativen auf verschiedenen Arbeitsgebieten, besonders aber zur Bewahrung der demokratischen Rechte. Seine guten Kontakte und seine sachliche und aufgeschlossene Art gerade auch gegenüber Jüngeren haben uns oft weiter geholfen. Wir sind sehr traurig und werden ihn in Ehren halten.

Michael Landmann schreibt für die Kreisvereinigung Berlin Weißensee-Hohenschönhausen anlässlich des Todes ihres langjährigen Vorsitzenden:

»Im stürmischen Herbst des Jahres 1989 lag er mit einer Bypass-Operation im Krankenhaus. Kaum erholt gehörte er im Frühjahr 1990 zu den Mitbegründern des Bundes der Antifaschisten in der DDR. Die Bewahrung des antifaschistischen Erbes der DDR, eines Antifaschismus, den er nie als verordnet empfunden hat, war ihm ein wichtiges Anliegen. Als Zeithistoriker und Journalist, der



Gerhard Fischer

sich christlichen und humanistischen Wertvorstellungen eng verbunden fühlte, beschäftigte er sich früh mit dem Widerstand kirchlicher Kreise gegen den Faschismus, erste Veröffentlichungen zu diesem

Thema stammten aus seiner Feder, wurden von ihm angeregt und herausgegeben.

Bereits Anfang der 90er Jahre organisierte er gemeinsame Veranstaltungen von Antifaschisten aus beiden Teilen Berlins, arbeitete im Koordinierungsrat der Berliner antifaschistischen Organisationen und Vereine unermüdlich auf ein Zusammengehen der Antifaschisten in Ost und West hin und gehörte zu den Architekten der Verschmelzung von VVN-BdA und BdA. Über viele Jahre war Gerhard einer der Bundessprecher der VVN-BdA. Ich habe ihn dabei als einen immer auf Ausgleich der Standpunkte und der Generationen bedachten sachlichen und kompetenten Mitstreiter erlebt, dessen Rat gesucht und bedacht wurde.

Über 20 Jahre war Gerhard Fischer Vorsitzender der Kreisorganisation Weißensee-Hohenschönhausen in Berlin, ein Amt, das er erst im letzten Jahr krankheitsbedingt in jüngere Hände gegeben hat.

Gerhard Fischer war ein außerordentlich vielseitig interessierter und engagierter Zeitgenosse, aktiv zum Beispiel in der Gewerkschaft ver.di im Beirat der Mediengalerie, in der Albert-Schweitzer-Gesellschaft, in der Gesellschaft für Bürger- und Menschenrechte (GBM), in der alternativen Enquete-Kommission, im alternativen Geschichtsforum, in der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, im Verein der Freunde der Völker Russlands - ein Streiter für eine menschlichere Welt, ein Streiter für die historische Wahrheit und gegen alle Versuche, sie zu verfälschen und zu denunzieren, einer, der die Losung »Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg« zu seinem Lebensinhalt gemacht hat. Gerhards Tod schmerzt. Und er wird uns fehlen.«

Thomas Willms

FIR verleiht Michel-Vanderborght-Preis

Ausstellung zum antifaschistischen Widerstand in Europa präsentiert

In einem eindrucksvollen Festakt wurde Anfang Juli im Festsaal des Belgischen Parlaments in Brüssel an acht Persönlichkeiten und Initiativen der Michel-Vanderborght-Preis der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) Bund der Antifaschisten verliehen.

Mit diesem Preis, der den Namen des belgischen Partisanen und letzten Präsidenten der FIR trägt, sollen diejenigen ausgezeichnet werden, die sich im Sinne der Ideale des antifaschistischen Widerstandes für die Bewahrung der historischen Erinnerung, für die sozialen und politischen Interessen der Überlebenden und für die Fortsetzung des antifaschistischen Vermächtnisses durch besonderes Engagement gegen alte und neue Nazis ausgezeichnet haben.

Zu den Geehrten gehörte auch die Berliner Initiative KONTAKTE/KOHTAKTYb e.V. Seit über 20 Jahren unterstützen Eberhard Radczuweit

und die Initiative ehemalige Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion in finanzieller, sozialer und politischer Hinsicht. Allein im Jahr 2012 verteilte die Initiative mehr als 300.000 € als finanzielle Hilfen.

Zur Eröffnung der Zeremonie sprach André Flahaut, Präsident des belgischen Parlaments. Er würdigte die Verdienste von Michel Vanderborght und unterstrich, wie wichtig heute der gemeinsame demokratische und antifaschistische Widerstand gegen extreme Rechte und rechtspopulistische Bewegungen in verschiedenen Ländern Europas sei. Er betonte, die Erinnerung an

den Widerstand sei nicht allein eine historische Aufgabe, sondern eine Verantwortung für die zukünftigen Generationen, um die Ideale der Demokratie, der Freiheit und des Humanismus zu bewahren.

In welcher Tradition die Organisation und die von ihr Ausgezeichneten stehen, dokumentierten das belgische Institut des Vétérans und die FIR, als sie im Rahmen der Veranstaltung einige Ausstellungstafeln der ersten umfassenden Ausstellung zum Thema »Europäischer Widerstandskampf gegen den Nazismus«, die am folgenden Tag in den Räumen des Europäischen Parlaments der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, den

Gästen präsentierten. Auf Einladung des Vize-Präsidenten des Europaparlaments Miguel Angel Martinez und in Anwesenheit von zahlreichen Abgeordneten des Europaparlaments, von Mitarbeitenden aber auch Gästen der internationalen antifaschistischen Organisationen wurde die Ausstellung dann am 8. Juli 2013 im Parlamentsgebäude eröffnet.

Die Ausstellung umfasst 50 Tafeln für alle europäischen Länder der damaligen Zeit, die im Kampf gegen den Nazismus eingebunden waren: Italien, Spanien, Portugal,

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Polen, Norwegen, Dänemark, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion, Ungarn, Albanien, Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien. Die Ausstellung lebt durch eindrucksvolle Bilder und reproduzierte Dokumente, die die knappen erläuternden Texte unterstreichen.

Natürlich erhebt die Ausstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bei der Auswahl der Illustrationen,

die oftmals von den nationalen Verbänden der Widerstandskämpfer und Antifaschisten zur Verfügung gestellt worden sind, wurden besonders solche Bilder gewählt, die Männer und Frauen, nationale Besonderheiten des Kampfes und allgemeine Tendenzen zum Ausdruck bringen konnten.

So findet man Fotos des Slowakischen Nationalaufstands, des Kopenhagener Generalstreiks, der jugoslawischen Partisanenarmeen oder das Flugblatt der KPD von 1938 »Wider die Judenpogrome«, eines



der wenigen Beispiele des öffentlichen Protests gegen antisemitische Übergriffe in Deutschland.

Die Ausstellung zeigt, dass der Widerstandskampf in allen europäischen Ländern in unterschiedlicher Form und unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten stattgefunden hat.

In der ersten Version sind alle Texte englisch, französisch und niederländisch; eine deutschsprachige Version ist in Vorbereitung.

Ulrich Schneider

»Juristisch nur schwer gegen anzugehen«

VVN-BdA protestiert gegen Diffamierung durch Geheimdienst

Ein Gespräch mit Ulrich Schneider

Silvia Gingold, Tochter der bekannten antifaschistischen Widerstandskämpfer und Kommunisten Etti und Peter Gingold, wird unter anderem aufgrund ihres Engagements für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) von einem bundesdeutschen Inlandsgeheimdienst überwacht. Was hat der Geheimdienst, der sich als »Verfassungsschutz« bezeichnet, an der Arbeit der VVN-BdA auszusetzen?

Die Vorwürfe gegen die VVN-BdA sind ähnlich absurd wie die »Erkenntnisse« über Silvia Gingold, der ihre Kritik an der Politik der Berufsverbote und Lesungen aus dem Buch ihres Vaters als »Linksextremismus« vorgehalten werden.

Unsere Aktivitäten gegen NPD und andere neofaschistische Strukturen, jede kritische Bemerkung der VVN-BdA über den Zustand der bundesdeutschen Demokratie oder politisches Fehlverhalten der Inlandsgeheimdienste werden als »Belege« genommen, auch wir würden »die verfassungsmäßige Ordnung in Deutschland selbst als faschistisch darstellen.«

An einem Punkt differenziert der Verfassungsschutz jedoch: Die VVN-BdA gilt nicht als »linksextremistisch«, sondern als größte »linksextremistisch beeinflusste« Organisation.

Was will der Verband gegen seine Nennung in verschiedenen Verfassungsschutzberichten der Länder und die damit einhergehende Diffamierung seiner Mitglieder unternehmen?

Juristisch kann man gegen solche Diffamierung nur schwer angehen. Zwar lassen sich die Aussagen der Inlandsgeheimdienste in keinem Punkt belegen, sie gelten jedoch als juristisch nicht anfechtbare »zulässige Wertung«.

Selbst als dem sogenannten Verfassungsschutz einmal gerichtlich die Verwendung eines

Es gab politische Proteste von Neuseeland bis Venezuela, aus Europa und Israel. Von da an unterblieb eine Erwähnung.

Das zeigt, die Verantwortlichen reagieren nur auf politische Proteste, nicht auf juristische Aktionen.

Während die Familie Gingold für ihr antifaschistisches Engagement etwa in Frankreich von höchsten politischen Stellen geehrt wurde, war sie in der BRD stets Opfer staatlicher Bespitzelungen. Woher rührt dieser Widerspruch?

Das hat mit der Genese der Geheimdienste zu tun. Es ist doch bekannt, die Spitzen der Geheimdienste – Stichwort Gehlen – und ein Großteil der Mitarbeiter bestanden aus »erfahrenen Kräften« des faschistischen Verfolgungsapparates.

Für sie war der Antikommunismus schon in der Nazizeit Gesetz. Und im Rahmen des Kalten Krieges konnten sie sich – ohne große inhaltliche Wandlungen – als »Hüter der Demokratie« darstellen.

Und Peter Gingold, der tatsächlich einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn wollte, eine Abkehr vom Antikommunismus und eine sozialistische Umgestaltung, war damit kein anerkannter Widerstandskämpfer, der für die Freiheit Deutschlands durch den Sturz des Faschismus gekämpft

hatte, sondern er »bedrohte« die politische und ökonomische Restauration in der BRD.

Aktuell gibt es im Rahmen der Untersuchungen über das neofaschistische

Terrornetzwerk »Nationalsozialistischer Untergrund« und des Münchner NSU-Prozesses immer neue Enthüllungen über Verstrickungen der Inlandsgeheimdienste in die rechte Szene.

Greift die Forderung nach einem NPD-Verbot vor diesem Hintergrund nicht viel zu kurz?

Ich sehe hier keinen Widerspruch. Unsere Kampagne »No NPD« hat immer auch das neofaschistische Umfeld und die Rolle der staatlichen Organe thematisiert – insbesondere die staatliche Finanzierung faschistischer Strukturen über sogenannte V-Leute. Schon vor den Enthüllungen über die Verbrechen des NSU-Netzwerkes hatte die VVN-BdA die Abschaltung aller V-Leute gefordert. Zudem: Seit vielen Jahren kämpfen wir gemeinsam mit anderen antifaschistischen Initiativen gegen die Reaktivierung der Totalitarismuskonzepte und für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten.

Nach: junge Welt, 31.07.2013.

Dr. Ulrich Schneider ist Historiker und Publizist sowie Bundessprecher der VVN-BdA und Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR).

Mit ihm sprach Markus Bernhardt.



Ulrich Schneider

falschen Zitates untersagt werden konnte, galt dies lediglich für den vergangenen Verfassungsschutzbericht. Nur einmal, 2006, ist dem Geheimdienst seine schludrige Arbeit auf die Füße gefallen.

In einer pauschalen Formulierung wurde auch die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) unter »Linksextremismus« genannt.

Bundesverdienstkreuz

Ruth Gröne wurde geehrt

Ohne die Aktivitäten von Ruth Gröne wäre die Erinnerungsarbeit in der Region Hannover kaum denkbar.

Vor Allem war sie in der Initiative »Bürger gestalten ein Mahnmal« aktiv, der es gelungen ist, das künstlerisch eindrucksvolle Mahnmal am Standort des ehemaligen KZ Ahlem zu errichten. (antifa berichtete)

Auch ihr persönliches Schicksal ist wesentlich von den Naziverbrechen geprägt. Als »Halbjüdin« erlebte sie als Kind die Entrechtung und

Verfolgung der Menschen jüdischer Herkunft seit 1933.

Sie wurde zuletzt mit ihrer Familie in das »Judenhaus« in der ehemaligen Israelitischen Gartenbauschule in Hannover-Ahlem gesperrt.

Ihr Vater wurde 1944 deportiert und verstarb kurz vor der Befreiung in Neuengamme an Typhus.

Aus Anlass ihres 80. Geburtstags lud die Landeshauptstadt am 5. Juli zu einem Empfang. Dort wurde ihr von Bürgermeister Bernd Strauch das Bundesverdienstkreuz Am Bande verliehen.

Die Ehrung galt ihrem jahrzehntelangen Engagement für die Erinnerung an die Naziverbrechen.



rwk Ruth Gröne

Bad Nenndorf:

Nazi-»Trauermarsch« blockiert

Seit 2006 versuchen die norddeutschen Neonazis um das ehemalige Gefängnis der Alliierten im Nenndorfer Wincklerbad einen geschichtsverdrehenden Opfermythos aufzubauen. Dort waren in dem früheren Schlammbad von 1945 bis 1947 mutmaßliche Kriegsverbrecher interniert und teilweise mißhandelt worden. Doch bereits 1947 hatte die britische Regierung das Internierungslager geschlossen und die Übergriffe gerichtlich geahndet. Die Neonazis nehmen die Vorgänge im Wincklerbad gleichwohl zum Anlaß, um vermeintliche Verbrechen der Alliierten gegen die Deutschen anzuprangern und inszenieren dazu jedes Jahr am ersten Samstag im August einen sog. »Trauermarsch«, den sie bereits bis ins Jahr 2036 angemeldet haben.

Nach anfänglichem Zögern der örtlichen Bevölkerung hat sich zunehmender Widerstand gegen die Nazi-Aktivitäten entwickelt, der auch von regionalen Antifaschist/innen unterstützt wird.

Während in den letzten Jahren die zum Wincklerbad führende zentrale Bahnhofsstraße und der Platz vor dem

durchsetzen. Nahezu 2000 Bürger/innen und Unterstützer demonstrierten dort ihren Widerstand gegen das alljährliche braune Spektakel, darunter auch der neue niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) und mehrere Abgeordnete aus Land und Bund.

Mehrere hundert Kundgebungs-

Polizeiführung hielten sie über Stunden aus. Gegen 18.00 Uhr begann die Polizei mit der Räumung der Blockade und ging dabei, entgegen der Polizeipresse-Meldung, ziemlich rabiat vor.

Neun Aktivisten, die sich u.a. an eine Betonpyramide angekettet hatten, bereiteten der Polizei dabei erhebliche Schwierigkeiten. Dadurch ging der Plan der Blockierer auf, die Nazikundgebung vor dem Wincklerbad, die nach Gerichtsbeschluss spätestens um 20.00 Uhr beendet sein musste, zu verhindern.

Um 19.30 Uhr gaben die ca 300

nicht erreicht werden konnte, ist die Blockade des symbolträchtigen Platzes vor dem Wincklerbad ein Erfolg für die niedersächsischen Antifaschist/innen.

Von der neuen SPD/Grüne-Landesregierung mit ihrem Innenminister Pistorius muss nun erwartet werden, alle Strafverfahren gegen die mutigen Blockierer/innen einzustellen.

Alfred Hartung, Wolfsburg



Großaktion in Bad Nenndorf

Foto: »rotbild.de«

Bad von der Polizei mit hunderten Einsatzkräften für die Nazis freigehalten wurde, konnte in diesem Jahr das örtliche Bündnis »Bad Nenndorf ist bunt« eine Demonstration und abschließende Kundgebung vor dem Gebäude gegen die Nazi-Wallfahrt

teilnehmer bildeten dann nach dem Abschluß der Bündnikundgebung eine spontane Sitzblockade vor dem Wincklerbad, um die für 16.00 Uhr genehmigte Kundgebung der Nazis zu verhindern. Trotz großer Hitze und zunehmenden Drohungen der

Nazis nach einer Abschlusskundgebung auf der Rückseite des Wincklerbades auf und erklärten ihren »Trauermarsch« für beendet.

Obwohl damit das Ziel, den Naziaufmarsch in Bad Nenndorf vollständig zu verhindern, in diesem Jahr noch

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die antifa bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an

mtb-niedersachsen@vvn-bda.de
VVN-BdA Landesvereinigung
Niedersachsen e.V.
Rolandstr. 16,
30161 Hannover,
Tel.: 0511-331136,
FAX: 0511-3360221,
E-Mail:
niedersachsen@vvn-bda.de

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Redaktion: Michael Rose-Gille

Wolfsburg

Die verdrängten Schatten der Vergangenheit

Die Wolfsburger VVN/BdA hat sich auf Spurensuche begeben. Wie zahlreiche andere Industriebetriebe hat auch das Wolfsburger Volkswagenwerk im Faschismus Tausende Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter für die Rüstungsproduktion ausgebeutet.

Neugeborene der vorwiegend osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen wurden wie überall im Nazi-Reich kurz nach ihrer Geburt in ein sog. »Kinderpflegeheim« verbracht, wo sie durch systematische Vernachlässigung massenhaft verstarben. Nach vorsichtigen Schätzungen gab es über 300 solcher Lager in Deutschland, mehr als 100.000 Kinder von Zwangsarbeiterinnen kamen hier zu Tode. Wie fast überall in Deutschland wurde auch in Wolfsburg die Erinnerung an diese Massentötung nach dem Krieg vertuscht und verdrängt. Im Rahmen der 75-Jahr-Feier der Stadt Wolfsburg hat die VVN/BdA gemeinsam mit der IG Metall eine Gedenktafel an einem Schulgebäude enthüllt, das am Ort des damaligen

»Kinderheimes« steht (vgl. antifa Juli/August 2013).

Weil das Massensterben der Säuglinge unter den Zwangsarbeiter/innen Empörung hervorrief, war das »Kinderheim« von der Leitung des



Diese authentischen Pfosten wurden 2013 vernichtet.

Foto: M. Hatrung

VW-Werkes in das ca 12 km entfernte Rühren verlegt worden. Dort kamen bis Kriegsende noch einmal über 350 Babys und Kleinkinder zu Tode (vgl. antifa Nov/Dez 2012: Zum Sterben geboren im Lager Rühren, Broschüre der VVN/BdA Wolfsburg). Die VVN bemüht sich daher, auch am authentischen Ort dieses Verbrechens eine Gedenktafel anzubringen. Denn bis auf eine wenig aussagekräftige Inschrift am örtlichen Friedhof, wo die kleinen Leichen verscharrt wurden, erinnert nichts an dieses Kriegsverbrechen. Doch stoßen die Bemühungen

der VVN im Ort auf eisige Ablehnung. Weder Bürgermeisteramt noch die für das Gelände des ehemaligen Lagers bzw. seine Zuwegung zuständigen Eigentümer und Gemeindevereine reagieren auf die Bitte um ein Gespräch.

Im Gegenteil: Nachdem die Broschüre der VVN dem Bürgermeister zugeschickt worden war, wurden die letzten authentischen Reste der Torpfosten des Lagers dem Erdboden gleich gemacht – nach 68 Jahren (siehe Fotos). Die VVN/BdA Wolfsburg wird aber nicht locker lassen und bemüht sich, die Öffentlichkeit auf diese Verdrängung eines Kriegsverbrechens aufmerksam zu machen.

A. Hartung, Wolfsburg

Buch über Willi Meyer-Buer erschienen

Erinnerungen an einen Kampf, der nicht vergebens war

Fünzig Jahre nach der Verurteilung von Willi Meyer-Buer verlegte der Verlag Neue Impulse in Essen kürzlich die Lebenserinnerungen des Widerständlers. Er wurde geboren am 30. April 1911 als Sohn eines Bergwerksbeamten in Gelsenkirchen-Buer und ist verstorben 13. Juli 1997 in Bremen.

Wegen einer Kandidatur für den Bundestag wurde er am 20. Mai 1963 »als unbelehrbarer fanatischer Anhänger der KPD« zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, damit verbunden die Aberkennung sämtlicher Ansprüche auf Wiedergutmachung. Fast 30 Jahre zuvor hatte ihm der nazistische Staatsanwalt vor dem OLG in Hamm vorgehalten, er sei ein »unverbesserlicher Kommunist«, vor dem die Volksgemeinschaft geschützt werden müsse.

Gut zwei Jahre nach seinem Beitritt zur KPD wurde der 22-jährige Willi Meyer-Buer als Kurier zwischen Instruktionsleiter und Unterbezirken am 19. Oktober 1933 verhaftet, verhört und bis zur Besinnungslosigkeit gefoltert. Bei einer erneuten Vernehmung sprang er aus dem Fenster, mit schweren inneren Verletzungen blieb er acht Meter tiefer auf dem Gefängnishof liegen. Am 26. Oktober 1934 verurteilte ihn das OLG Hamm nach drei Tagen Verhandlung wegen Herstellung und Verteilung von Flugblättern, Geldsammlungen, Beherbergung flüchtiger kommunistischer Funkti-

onäre zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus.

Im Januar 1936 wurde er wenige Wochen nach seiner Entlassung erneut verhaftet und in die KZ Esterwegen und Sachsenhausen gebracht, wo er und seine Leidensgefährten »mit Hunden, Peitschen und Schlagstöcken empfangen« wurden. »Mit fürchterlichem Gebrüll trieb uns die SS aus den Waggonen.« Am 14.12.1936 erfolgte eine erneute Verurteilung zu viereinhalb Jahren. Als Kalfaktor im Zuchthaus Münster war es ihm möglich, andere politische Häftlinge zu retten, indem er ärztliche Verordnungen zusätzlicher Lebensmittel vortäuschte.

Nach seiner Entlassung fand er am 24. September 1940 als Leiter der Buchhaltungsabteilung der Uhren- und Schmuckwarenfirma Grüttert in Bremen Beschäftigung. Als das Firmengebäude im August 1944 durch Bomben in Brand geriet, gelang es ihm, sich zu befreien und ein junges Mädchen sowie zwei junge Männer aus den Trümmern zu retten. Er selbst erlitt schwere Verbrennungen, eine Rippenfellent-



zündung und Kreislaufstörungen, die er im Ausweichkrankenhaus Bassum auskurieren sollte.

Als Bassum durch englische Truppen besetzt wurde, forderte er von den deutschen Offizieren, die Brücke von Groß-Henstedt nicht zu sprengen. Unter dem Schutz der weißen Fahne überbrachte er dem

englischen Kommandeur die Zusage, dass nicht auf englische Soldaten geschossen werde.

Von 1946 bis 1959 war Willi Meyer-Buer KPD-Fraktionsvorsitzender in der Bremischen Bürgerschaft. Als »Menschen anständiger Gesinnung und aufrechten Charakters« bezeichneten ihn die Bürgerschaftsdirektoren August Hagedorn (SPD) und Wolfgang Müller (SPD). »Eine Zierde der Demokratie«, so der Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, Dr. Borttscheller (FDP), »wäre er nicht Kommunist.«

Unermüdlich kämpfte Willi Meyer-Buer für die Interessen der Werft- und Hafearbeiter, der Parzellenbewohner, der kleinen Hauseigentümer, gerade auch als sie sich 1951 am Großen Blink in Bremerhaven gegen ihre Vertreibung zugunsten amerikanischer Kasernenbauten wehrten.

Willi Meyer-Buer, Erinnerungen – Der verlorene Kampf – aber er war nicht vergebens! 205 Seiten, 67 Seiten Anhänge, 19,80 Euro, Neue Impulse Verlag Essen Mai 2013, ISBN 978-3-910080-79-9

Raimund Gaebelin

Rhein-Neckar-Kreis:

Desaster für Nazis in Ladenburg

Rund 400 Menschen haben am 17. August in Ladenburg mit ihrem antifaschistischen Widerstand dafür gesorgt, dass die angekündigte Kundgebung der NPD zu einem kompletten Desaster wurde.

Die Nazis hatten anknüpfend an die rassistischen Flüchtlingsdiskurse der etablierten Parteien versucht, aus der geplanten Einrichtung einer

Flüchtlingsunterkunft in Ladenburg Kapital zu schlagen.

Lediglich neun Nazis schafften es überhaupt bis zum Kundgebungsort. Weder alle Bundestagskandidaten des

Kreisverbands Rhein-Neckar noch die Führungskader der Region trauten sich bis zum Treffpunkt.

Während die Polizei auf eine »neutrale Zone« zwischen Nazis und

Demonstrant/innen setzte, ließen sich die Protestierenden ihr Recht auf Demonstration nicht nehmen. Um nicht allein da zustehen, setzte sich schließlich selbst der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl A. Lamers über die Anweisungen der Polizei hinweg und schloß sich der Menge an, die die Nazis schließlich in nur wenigen Meter Entfernung umringte. Die Nazis spulten ihre Reden, von denen kein Wort zu verstehen war, in nur wenigen Minuten ab und mußten schließlich von einem Polizeikordon vor der empörten Menge geschützt zu ihren Autos geleitet werden.

Foto Denzinger www.beobachter-news.de



Schutzpatron und Racheengel:

Vorzeitiger Ruhestand für einen Staatsanwalt

Weit über die Grenzen Stuttgarts hinaus hat sich Oberstaatsanwalt Bernhard Häußler keinen guten Namen gemacht. Bekannt wurde der bisherige Leiter der »politischen Abteilung« der Staatsanwaltschaft Stuttgart als Schutzpatron der SS-Mörder von Sant' Anna di Stazzema und gleichzeitig als Racheengel gegen antifaschistische und systemkritische Demonstranten.

Gegen die ersteren, die in Italien rechtskräftig verurteilt, aber in Deutschland unbehelligten Teilnehmer am Massaker von Sant' Anna, ermittelte er seit Beginn des Jahrtausends – leider vergebens, so dass das Verfahren schließlich Ende 2012 eingestellt wurde. Die Zwischenzeit nutzte er, um andere Verbrecher zu verfolgen: Besondere Berühmtheit erlangte Häußler bei der Verfolgung antifaschistischer Jugendlicher und Antinazidemonstranten, die Symbole wie durchgestrichene Hakenkreuze zeigten. Während der heftigen Auseinandersetzung um Stuttgart 21

entdeckte er immer neue Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und andere Straftatbestände bei den Demonstrant/innen, während er Verfahren gegen Polizeibeamte und Verantwortliche des »schwarzen Donnerstag«, an dem ein gewaltsamer Polizeieinsatz Hunderte von Verletzten forderte, großzügig einstellte.

Zuletzt forderten 3000 Stuttgarter/innen in einer online-Petition, den Staatsanwalt zu entlassen. Auch im Landtag gab es immer wieder Forderungen, ihm die strittigen Verfahren zu entziehen; Häußler wurde aber immer wieder von den

zuständigen Justizministern, zunächst dem Freidemokraten Ulrich Goll, neuerdings dann auch vom Sozialdemokraten Rainer Stickelberger gedeckt. Dieser gab ihm insbesondere Rückendeckung zur Einstellung des Verfahrens gegen die Mörder von Sant' Anna.

Nun geht der »sehr geschätzte und allseits beliebte Kollege« auf eigenen Wunsch aus familiären Gründen in Pension. Den sind wir nun erst mal los. Die Probleme mit einer Justiz, die einen solchen Vertreter hervorgebracht hat, nicht.

DL

Unsere Kameradin
Ilse Werner
7.12.1927 – 10.5.2013



hat uns für immer verlassen. Wir verlieren mit ihr eine aktive Antifaschistin und Streiterin für eine neue Welt des Friedens und der Freiheit, die seit früher Jugend der VVN, später der VVN-BdA eng verbunden war.

Seit 1945 arbeitet Ilse zunächst in der Rückführungsstelle für ehemalige politische Häftlinge, dann seit 1947 in der neugegründeten VVN. Der Kampf um die Entschädigung wurde für Ilse zur Lebensaufgabe. Nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben arbeitete sie ehrenamtlich in der Geschäftsstelle der VVN-BdA Baden-Württemberg, die sie prägend mit gestaltete. Aus der Arbeit und den Aktivitäten der VVN-Kreisvereinigung Stuttgart ist Ilse nicht wegzudenken.

Auch als Lebensgefährtin unseres Ehrengesetzten Alfred Hausser, den sie mit Rat und Tat unterstützte, bleibt uns Ilse in Erinnerung. Wir werden Ilse vermissen, als Kameradin, als Freundin, als großartige Frau.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Bundesvereinigung, LV Baden-Württemberg und KV Stuttgart Mühle Renchen.

Redaktion dieser Seite: Dieter Lachenmayer
VVN - Bund der Antifaschisten
Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V.
Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart
tel 0711 603237, fax 0711 600718

Antifa Mehr Berichte, mehr Infos,
mehr Argumente ...
Nachrichten
VVN - Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg e.V.

... 4 mal im Jahr für € 10 bei der
VVN-BdA Baden-Württemberg, Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart.
Tel 0711 603237, Fax 0711 600718; baden-wuerttemberg@vvn-bda.de
bda.de / BW Bank Stgt. Nr. 2119748 (60050101)

Stuttgarter Friedenspreis für Enio Mancini und Enrico Pieri

Die beiden Überlebenden des NS-Massakers im italienischen Sant' Anna di Stazzema setzen sich seit Jahrzehnten für das Wachhalten der Erinnerung, für die juristische Aufarbeitung des SS-Verbrechens und für internationale Verständigung ein. »Wir freuen uns sehr über den Friedenspreis der Anstifter,

den wir stellvertretend für Sant' Anna di Stazzema entgegennehmen«, erklären Enio Mancini und Enrico Pieri.

»Dieser Preis bestärkt uns in der Fortsetzung unserer Arbeit gegen das Vergessen und für die juristische Aufarbeitung des Massakers von 1944 in unserem Heimatort. Er ist auch ein

ermutigendes Zeichen für unsere gemeinsamen Bemühungen um ein friedliches, vereintes Europa. Wir glauben, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit die Voraussetzung für eine echte Versöhnung ist. Deshalb werden wir weiter versuchen, auch in der deutschen Justiz für Wahrheit und Gerechtigkeit einzutreten.«

Generationsbrücke Gosty - Dresden

71. Jahrestag der Hinrichtung von zwölf Mitgliedern der Widerstandsorganisation »Schwarze Legion«

Entsprechend unserer langjährigen Verbindung zum Verband der Kombattanten in Gosty (Polen) und der Stadt Gosty kam auf Einladung des VVN-BdA Sachsen, Stadtverband Dresden, auch in diesem Jahr wieder eine Delegation zum Gedenken nach Dresden.

Auf dem Äußeren Katholischen Friedhof sprach am 24. Juni 2013 im Auftrag der Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Dresden Bürgermeister Winfried Lehmann (CDU) Worte der Begrüßung und des Gedenkens. Aus Gosty erinnerte der Bürgermeister Jerzy Kulak an die hingerichteten Widerstandskämpfer. Schüler der Grundschule »Schwarze Legion« umrahmten das Gedenken musikalisch.

Anschließend besuchten die Teilnehmer die Gedenkstätte am

Münchener Platz, den Hinrichtungs-ort. Im Innenhof der Gedenkstätte mahnte der Präsident des Verbandes der Kombattanten Kazimierz Rogala, das Geschehene nie zu vergessen. Im nachfolgenden Gespräch schilderte Marian Sobkowiak aus Gosty als Mitglied der »Schwarzen Legion« und ehemaliger Häftling seine Erlebnisse und Erfahrungen vor Schülern aus Gosty und Dresden sowie den Gästen und Teilnehmern. Unter ihnen Frau Elbieta Tomczak und

Gabriela Powiatowska, deren Väter der »Schwarzen Legion« angehörten.

Neben dem Gedenken fand ein kleiner Stadtrundgang um den Neumarkt statt.

Der Besuch des Kraszewski-Museum bildete den Abschluss eines denkwürdigen, interessanten, aber auch anstrengenden Tages.

Karin Jeschke, Roland Hering

Bericht von Marian Sobkowiak als Zeitzeuge vor Dresdner Schülern. Er war Mitglied der »Schwarzen Legion«,



Häftling in Haftanstalt Münchener Platz; ist Träger der Ehrenmedaille der Stadt Dresden.

Gedenken in der Haft- und Hinrichtungsstätte in Dresden

VVN-BdA Sachsen besucht Dauerausstellung zu politischer Justiz

Mitte Juli besuchte der Landesvorstand Sachsen des VVN-BdA die Dauerausstellung »Verurteilt. Inhaftiert. Hingerichtet. Politische Justiz in Dresden 1933-1945 || 1945-1957« in der Gedenkstätte »Münchener Platz« in Dresden. Zuvor gedachten die Mitglieder des Landesvorstandes und Dresdner Kameraden mit einer Schweigeminute und einem Blumenstrauß im Innenhof der in der Zeit des Faschismus hier hingerichteten deutschen und ausländischen Widerstandskämpfer.

Die Direktorin der Gedenkstätte, Dr. Birgit Sack, und Mitarbeiter Dr. Hacke, die beide maßgeblich für die Ausstellung die Verantwortung tragen, stellten den Anwesenden zunächst in einer Präsentation die Schwerpunkte der Gestaltung und der Inhalte vor. Die neue Dauerausstellung ist in fünf Komplexe gegliedert, die den baulichen Gegebenheiten Rechnung tragen:

1. Nationalsozialistische Strafjustiz (1933-1945)
2. Strafjustiz der sowjetischen Besatzungsmacht (1945-1950)
3. Strafjustiz in der SBZ und frühen DDR (1945-1957)
4. Geschichte der Gedenkstätte (1959-1990)
5. Ehemaliger Hinrichtungs- und Skulptur »Widerstandskämpfer« von Arnd Wittig

Schwerpunkt der Ausstellung ist laut Dr. Sack die Dokumentation der Verbrechen als Haft- und Hinrichtungsstätte während des Nationalsozialismus, was bereits 1994 von einer Fachkommission zur Vorbereitung einer neuen Ausstel-

lung unter Einbeziehung der Jahre nach 1945 festgelegt wurde. Einen breiten Raum nehmen Einzelschick-



Der Ehrenvorsitzende der VVN-BdA Sachsen, Frido Seydewitz, und der ehemalige Stadtvorsitzende von Dresden, Heinz Kandler, legten das Blumengebinde des Landesvorstandes nieder

sale von Opfern ein, die mit vielen Dokumenten unterlegt sind.

Zu kritisieren ist die Herausstellung von Opfern, die durch die Justiz in der SBZ und in der späteren DDR als »Regimegegner« unverhältnismäßig hohe Bestrafungen erhielten, gegenüber der Darstellung von NS-Kriegsverbrechern, die zu einer gerechten Todesstrafe verurteilt und hingerichtet wurden. Zu letzteren gehören auch

die acht zum Tode Verurteilten aus den in Leipzig geführten Kamienna- und Tschenschow-Prozessen, die für Ermordungen von Häftlingen in polnischen Produktionsstätten der NS-Rüstungsfabrik HASAG (Hugo-Schneider-AG) Leipzig verantwortlich waren.

Nach der Führung durch die Ausstellung, die entsprechende neueste museumspädagogische Gestaltungselemente in Form von Sonderstationen mit Video- und Hörmöglichkeiten, Medienbanken enthielt, stellten sich die Direktorin und ihr Mitarbeiter noch den vielfältigen Anfragen und erläuterten ihre Positionen. Frau Dr. Sack unterstrich dabei noch einmal, dass mit der Dauerausstellung über mehrere Zeitebenen keinesfalls

eine Gleichsetzung von NS- und DDR-Justiz beabsichtigt sei.

Für die meisten aus Dresden und Umgebung stammenden VVN-BdA-Besucher war die noch zu DDR-Zeiten entstandene Ausstellung, die im Jahre 1996 geschlossen wurde und sich nunmehr im Archiv der Gedenkstätte befindet, noch in guter Erinnerung. Für einige dieser Kameraden war und ist es schwierig, die neue Gestaltung und den neuen Inhalt - mit der Erinnerung an die Geschehnisse nach dem 8. Mai 1945 in der SBZ und späteren DDR - anzunehmen.

Die Ausstellung ist ganzjährig geöffnet und wie alle Gedenkstätten dieser Art kostenlos von Montag bis Freitag von 16.00 – 18.00 Uhr sowie Sonnabend und Sonntag von 10.00 – 18.00 Uhr zu besuchen. Für angemeldete Schulklassen und Studierende sind auch die Führungen kostenlos.

Dr. Dieter Chitralla, Leipzig

Impressum:
Sachsenhausen-Komitee in der
Bundesrepublik Deutschland e.V.
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

VVN-BdA Bamberg und Bürgerforum Gräfenberg luden ein

Erinnerung an das KZ Pottenstein

Pottenstein liegt etwa 30 km südlich von Bayreuth im Herzen der Fränkischen Schweiz. Die fränkische Kleinstadt ist vielen wegen malerischer Felslandschaften, Burg und Teufelshöhle bekannt. Sehr wenige wissen jedoch, dass dort zwischen 1942 und 1945 ein KZ-Außenlager von Flossenbürg bestand.

Im Rahmen eines Treffens der Nordbayerischen Bündnisse gegen Rechts hatten deshalb die VVN/BdA Bamberg und das Bürgerforum Gräfenberg zum Gedenken an die ehemaligen Pottensteiner Häftlinge und zu einem Rundgang zu den Orten des ehemaligen KZs eingeladen.

Der Journalist und Autor der Studie »Touristenidylle und KZ-Grauen« (Bayreuth 1997), Peter Engelbrecht, informierte die Teilnehmenden über die lokalen Orte der NS-Vergangenheit: Magerscheune, Schöngrundsee, Teufelshöhle und SS-Lager auf dem Bernitz.

Über 700 Häftlinge aus ganz Europa mussten dort unmenschliche Zwangsarbeit leisten, fast 400 wurden todkrank nach Flossenbürg zurück geschickt, was einem Todesurteil gleichkam.

Den am 16. April 1945 von der SS befohlenen Todesmarsch zurück ins rund 120 km entfernte Hauptlager Flossenbürg verweigerten die verbliebenen 340 Häftlinge nach wenigen Kilometern und kehrten nach Pottenstein zurück, um dort den Einmarsch der Amerikaner abzuwarten.

Verantwortlich für das KZ Pottenstein insgesamt zeichnet der Höhlenforscher, Geologe und SS-

Standartenführer, der Ehrenbürger der Stadt Pottenstein Dr. Hans Brand.

Er ließ die Häftlinge das Lager für die SS-Eliteeinheit Karstwehr aufbauen, die noch im Mai 1945 zur »Partisanenbekämpfung« in Slowenien und Venetien eingesetzt worden war. Dort verübte sie, ebenfalls unter

Brandts Kommando, schlimmste Kriegsverbrechen.

Brandt benutzte die Häftlinge auch für sein Privatinteresse: Für den Ausbau der Teufelshöhle mit entsprechender Infrastruktur wie Parkplatz, Stausee, Straßenbau etc.

Die Stadt Pottenstein profitiert als rege besuchter Touristenort bis heute von dieser Häftlingszwangsarbeit. Mit der Aufarbeitung der brauen Vergangenheit tut sich die Stadt bis heute schwer.

Bis 1987 fanden (mit Unterstützung Einheimischer) Reservistentreffen der SS-Einheit in einer Pottensteiner Gaststätte statt, Hans Brand wurde für sein Engagement zunächst mit einer Straße geehrt.

2002 wurde diese Straße jedoch nach zunehmenden Protesten umbenannt. Überregionale Proteste und Medienkritik hatten da schon bewirkt, dass 1995 auf dem Friedhof eine Gedenktafel für die KZ-Opfer enthüllt wurde.

Das ehemalige KZ-Gebäude, die Magerscheune im Löhgässchen, besteht weitgehend noch im Originalzustand und ist im Besitz der Stadt.

Seit Jahrzehnten wird über eine würdige Gedenkstätte in diesem Bau geredet. Dabei blieb es weitgehend bis heute. Zu unserer Gedenkveranstaltung hatten wir deshalb auch den Bürgermeister der Stadt Pottenstein Stefan Frühbeißer eingeladen. Er verwies jetzt in Sachen Gedenkstätte auf das Jahr 2015.

Wir werden ihn daran erinnern!

Günter Pierdzig



Tourismus-Idylle mit finsterner Vergangenheit. Der informative Gedenk-Rundgang stieß auf reges Interesse.
Bild: Frank Bess

Murnau: Bündnis und Kommunalpolitiker aktiv gegen NPD

Mit weißen Rosen und faulen Äpfeln

Gegen ein NPD-Treffen mit dem Parteivorsitzenden Holger Apfel demonstrierten Anfang August in Murnau am Staffelsee vor dem Rathaus in der Fußgängerzone Kommunalpolitiker gemeinsam mit dem Werdenfelser Bündnis gegen Rechtsextremismus, das seit acht Jahren gegen die Neonaziumtriebe im Werdenfelser Land kämpft.

An die Passanten verteilten sie 400 weiße Rosen in Erinnerung an die Widerstandsgruppe »Weiße Rose« um Hans und Sophie Scholl, der auch der Murnauer Christoph Probst angehörte. Zusammen mit den Geschwistern Scholl wurde er von den Nazis hingerichtet.

»Murnau ist bunt und nicht braun« stand auf den Kärtchen, die mit den Blumen verteilt wurden, und

»Kein Ort für Neonazis« hieß es auf einem Plakat bei einer Kundgebung vor dem Rathaus. Bürgermeister Dr. Michael Rapp (CSU) und Gemeinderäte aller Fraktionen demonstrierten mit Plakaten, auf denen in Anspielung auf den NPD-Führer ein verfaulter Apfel abgebildet war.

Dazu der Text: »Der braune Wahn des Holger Apfel. Der Murnauer Gemeinderat sagt: Nein, danke.«

Auch Landrat Harald Kühn (CSU) betonte in seiner Ansprache: »Auf solch einen Besuch legt der Markt Murnau und der Landkreis Garmisch-Partenkirchen keinen Wert.« Der Staat sei gefordert, die NPD zu verbieten. Was die NPD mache, sei keine Politik, sondern »ein menschenverachtendes Verhalten«, stellte Bürgermeister Rapp fest. Wenn die Partei nicht genügend Unterschriften zusammengebracht habe, um

zur Landtagswahl zugelassen zu werden, wie Holger Poczka (ÖDP) anmerkte, dann ist dies auch ein Verdienst der Aktivitäten des Werdenfelser Bündnisses.

Dessen Sprecherin Inga Grüttner appellierte an die Kundgebungsteilnehmer, auch künftig wachsam zu sein, nicht wegzuschauen, sondern Zivilcourage zu zeigen.

-ele-

Nach 80 Jahren: Zeit für Gedenkort auch in Nürnberg

Widerstand der ersten Stunde

Die Verfolgung, Inhaftierung und Ermordung von jungen Widerstandskämpfern aus Nürnberg und Umgebung vor 80 Jahren, im Juli und August 1933, war Anlass zu einer Veranstaltung der VVN-BdA Nürnberg am 21. Juli in der Villa Leon. Georg Neubauer konnte im Namen der Veranstalter über 70 Anwesende begrüßen, unter ihnen auch Tochter und Sohn des damals von den Nazis ermordeten Arbeiters Oskar Pflaumer. Hanne Oehler lebt heute in München, ihr Bruder, Dr. Hans Pflaumer, kam aus Sizilien angereist.

Bereits vor einigen Monaten hatte die VVN-BdA Nürnberg mit Verweis auf den NS-Terror im Sommer 1933, dessen erstes Opfer am 17. August 1933 Oskar Pflaumer wurde, in einem Brief an Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly einen Gedenkort an den damaligen Verfolgungstätten in der Nürnberger Innenstadt gefordert. Wie es zu diesem Schreiben kam, schilderte Georg Neubauer: »Im Herbst letzten Jahres hat sich Hanne Oehler an die VVN-BdA gewandt, mit dem Hinweis, dass es bald 80 Jahre nach der Ermordung ihres Vaters doch eigentlich Zeit sei, dass an ihn und an die mit ihm inhaftierten und gefolterten Widerstandskämpfer öffentlich erinnert werde.«

Längst notwendig sei es, dass den Frauen und Männern, die nicht erst 1944, sondern schon von Beginn der Nazidiktatur an Widerstand leisteten, die über die Verbrechen der Nazis aufklärten und die für ihre antifaschistischen Überzeugungen jahrelange Gefängnis, KZ-Lagerhaft, Folter und Ermordung riskierten und allzu oft auch erlitten, Gerechtigkeit widerfähre. Ihr Widerstand sollte »auch heute ein Beispiel sein, wenn es um die Frage geht: Was muss geschehen, um menschenverachtende Einstellungen wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Faschismus zu verhindern.«

Besonders begrüßen konnte Neubauer neben den beiden Kindern Oskar Pflaumers zwölf weitere Verwandte (aus München, Köln, Berlin und Boston, USA) und andere ehemalige Verfolgte und deren Nachkommen: »Ich nenne hier unsere Irma Göhring, die Ehefrau von Ludwig, bekannt als der »Höhlendrucker«, für den damals Oskar Pflaumer die Strickleiter gebastelt hat, was unter anderem auch im schönen Artikel der Nürnberger Nachrichten vom Donnerstag erwähnt wurde. Oder auch unsere Kameradin Eva Rössner und den Kameraden Helmut Steuerwald, beide Mitbegründer der VVN-BdA vor 66 Jahren. Und beide trotz hohem Alter immer noch als

Zeitzeugen unterwegs zur Aufklärung über die Nazidiktatur.«

In Vertretung von Oberbürgermeister Maly war Stadtrat Arno Hamburger gekommen, den Georg Neubauer besonders begrüßte: »Herr Hamburger ist nicht nur der älteste, sondern auch der dienstälteste Stadtrat unserer Stadt - seit 1972. Er ist seit dieser Zeit auch Vorsitzender



Hanne Oehler und Dr. Hans Pflaumer

der Israelischen Kultusgemeinde (IKG) in Nürnberg. Und er hat in diesen Jahren die Politik unserer Stadt entscheidend mitgeprägt. Herr Hamburger hat die Nazidiktatur durch die Flucht im Jahr 1939 persönlich überlebt. Der Großteil seiner Verwandten wurde in den KZs gequält und ermordet. Herr Hamburger, ich freue mich über ihr Kommen auch ganz persönlich, da Sie, trotz ihres hohen Alters von inzwischen 90 Jahren, in den letzten Jahren auch immer mit an der Spitze standen, wenn es gegen die heutigen Nazis ging. Ich hoffe, dass sie unserer Stadt als Zeitzeuge und aktiver Nazigegner noch lange erhalten bleiben.«

Christel Hausladen-Sambale vom Vorstand der VVN-BdA Nürnberg schilderte, wie es zu den Widerstandsaktionen und den Verfolgungen in Nürnberg und zur Ermordung von Oskar Pflaumer gekommen

war. In Interviewform berichteten anschließend die Gäste Hanne Oehler und Hans Pflaumer über ihre Kindheitserinnerungen und ihre weiteren Lebenswege. Mit antifaschistischen Liedern trug Werner Lutz künstlerisch zum Gelingen der Veranstaltung bei.

In seinem Antwortschreiben auf den Brief der VVN-BdA, einen kon-

kreten Gedenkort für die ersten NS-Opfer betreffend, hatte sich der Oberbürgermeister noch nicht festlegen wollen. »Wir würden uns sehr freuen«, meinte deshalb Georg Neubauer, »wenn unsere Veranstaltung dazu beiträgt, dass es dazu von Seiten der Stadt ein positives Signal gibt. Immerhin wurde die damalige bestialische Folterung und Ermordung von Oskar Pflaumer und der Folterkeller in der damaligen Samariterwache am Hallplatz sogar in der Hauptverhandlung der Nürnberger Prozesse erwähnt, in der Sie, Herr Hamburger, damals als junger Mann und Übersetzer teilgenommen haben.«

Die Erinnerung daran wäre in Form einer Gedenktafel oder einer Stele an einem der Folterorte, möglich.

Die VVN-BdA Nürnberg jedenfalls werde sich weiter für solch einen Gedenkort einsetzen.

E. B.

Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

September

Praxedis Aehlig, Deisenhofen, 91 Jahre; Ruth Steinführer, München, 87 Jahre; Martin Ermer, Veitsbronn, 85 Jahre; Hans-Jürgen Nibbe, München, 85 Jahre; Klaus Poweleit, Oberammergau, 84 Jahre; Hugo Höllenreiner, Ingolstadt, 80 Jahre; Gerd Fischer, Nürnberg, 70 Jahre; Klaus Reichel, Moosburg, 70 Jahre; Werner Ries, Berg-Richtheim, 70 Jahre; Joseph Zintl, Krailling, 70 Jahre; Günther Gerstenberg, München, 65 Jahre; Franz Tobiasch, Westendorf, 65 Jahre; Vera Denk-Mrovietz, Schwarzenbach an der Saale, 60 Jahre.

Oktober

Gisela Freudenthal, Füssen 87 Jahre; Jutta Franke, Bamberg, 86 Jahre; Hermann Höllenreiner, Mettenheim, 80 Jahre; Inge Sixt, Gochsheim, 75 Jahre; Hubert Söllner, Rieden, 75 Jahre; Brunhilde Bullinger, München, 65 Jahre; Peter Hinterberger, München, 65 Jahre; Marian Janka, Bamberg, 65 Jahre; Heidi Müller, Obermichelbach, 60 Jahre; Hubert Scheibinger, Nürnberg, 60 Jahre.

Spenden für die VVN-BdA Bayern

Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Postbank München, 10532-807, BLZ 700 100 80

Wichtiger Hinweis:

Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!

Redaktion: Ernst Antoni

VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Appell von Esther Bejarano

Bleiberecht für Lampedusa-Flüchtlinge!

Rund 1.400 Menschen forderten am 17. August vor dem Hamburger Hauptbahnhof ein Bleiberecht für die mindestens 300 Lampedusa-Flüchtlinge (antifa berichtete). Unterstützt wurde die Demonstration von Gewerkschaften, Parteien, Verbänden und Kirchen. Anschließend ging es durch die Innenstadt. Der Senat hat Einzelprüfung zugesagt, ein generelles Bleiberecht aber bisher strikt abgelehnt.

Esther Bejarano, Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, schrieb im Namen des Auschwitz-Komitees einen Offenen Brief an Bürgermeister Olaf Scholz. Darin heißt es u.a.: »Wir begrüßen die Initiative der libyschen Flüchtlinge, zusammenschlossen in der Gruppe ›Lampedusa in Hamburg‹. Gemäß § 23 Aufenthaltsgesetz können die obersten Landesbehörden wie auch das Bundesinnenministerium im jeweiligen Einvernehmen, bestimmten Gruppen von Ausländern aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilen. Für die Gruppe ›Lampedusa

in Hamburg‹ ist das möglich und dringend geboten. Die betroffenen Personen waren Teil der Zivilbevölkerung in Libyen, zu deren Schutz die Nato-Staaten nach eigener Darstellung im Jahr 2011 militärisch intervenierten. Sie haben ihre Lebensgrundlage vollständig



Esther Bejarano

Foto: Chodinski

verloren und waren gezwungen, Libyen über das Mittelmeer zu verlassen.« Nach der Anerkennung ihres Flüchtlingsstatus wurden sie aufgefordert, Italien zu verlassen und sich in ein anderes europäisches Land zu begeben.

»Italien hat ein Signal gesetzt, dass die gesamte EU in der Verantwortung für das Schicksal der Flüchtlinge aus Libyen steht.« Denn: Menschenrechte und humanitärer Schutz dürfen nicht einfach leere Worte bleiben, während die Betroffenen politischen Interessen erneut zum Opfer fallen.« **hjm**

Erinnerung an den Feuersturm

Fünftes Ohlsdorfer Friedensfest

Neonazis haben bis 2009 an den Sammelgräbern für die Bombenopfer auf dem Ohlsdorfer Friedhof immer wieder ihre menschenverachtende Politik verbreitet. Das Bündnis Ohlsdorfer Friedensfest hat seit 2009 mit vielen Veranstaltungen verhindert, dass die Nazis dort in Erscheinung treten konnten.

Die VVN-BdA beteiligt sich an diesem Friedensfest, weil das Gedenken an die Opfer des Bombenkrieges nicht den Neonazis und anderen Rechten überlassen werden darf – und weil wir der Darstellung, die Deutschen seien die unschuldigen Opfer dieses Krieges, entgegenwirken wollen.

Wir wollen darüber aufklären, dass auch Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge zu den Bombenopfern gehören, und daß es auch in Hamburg Widerstand gegen die faschistische Kriegspolitik gab.

Unter dem Motto des diesjährigen Friedensfestes »Erinnern ist keine leichte Kunst« wurden in Veranstaltungen z.B. vier Hamburgerinnen gewürdigt, die im Widerstand gegen den Faschismus aktiv waren: Erna Behling, Katharina Jacob, Gertrud Meyer und Hedwig Voegt.

Der Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Detlef Garbe erinnerte in seiner Eröffnungsrede an die Tausenden von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern, die bei den Bombenangriffen, bei Aufräumarbeiten und beim Bombenentschärfen ums Leben gekommen sind. Ulla Suhling

und Petra Schonhey berichteten über Antifaschisten in Wehrmachtsuniform, die als Strafsoldaten und Deserteure ihr Leben verloren.

Auch aktuelle Themen hatten ihren Platz in der Veranstaltungsreihe: Rolf Goessner informierte über Neonazis im Dienst des Staates und die Verstrickung des »Verfassungsschutzes« in rechte Szenen und Parteien. Hauke Friederichs

berichtete in der Veranstaltung »Bombengeschäfte – Tod made in Germany« von Waffenlieferungen aus Deutschland in alle Welt.

An den Gräbern der 140 Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine, den Valvo-Frauen, die 1944 bei einem Bombenangriff ums Leben kamen, weil sie nicht in die Luftschutzbunker durften, legten wir Blumen nieder.

Ilse Jacob



De Udel Welk

Gewalt gegen Schandarms hett düchtig toleggt, seggt de Udel Welk. Welk verlangt sogor en egen Gesett för Gewalt gegen de Polizei. Nu – dat seht wi beten anners. Bi vele Demos kann jedereen sehn, woken de Gewalt uteuven deit. Nich bloots gegen Demonstranten, ok gegen Presselüd un Tokiekers. Sünnlich de »Hamborger Kettel« is je bi uns erfunden worm. Weet ji dat noch? Binnensenoter Lange harr domools sien Hoot nehmen müsst. Inketeln vun Demonstranten verstött gegen dat Gesett. Liekers ward dat jümmer wedder mookt, tolest düt Johr bi »Blockupy« in Frankfurt. Un wenn en Udel worhaftig mol för't Brett mutt, ward he tomeist freesproken – no dat Motto: Een Kreih hackt de anner keen Oog ut. De armen Schandarms? Mi koomt de Tronen. **hjm**

Redaktion: H. J. Meyer

Landesgeschäftsstelle VVN-BdA Landesvereinigung Hamburg:

Hein-Hoyerstraße 41, 20359 Hamburg

Telefon: 040 / 31 42 54

E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!

Spendenkonto:

VVN-BdA Hamburg, Haspa,

BLZ 200 505 50, Kto.-Nr. 1206 / 127 183

Achtzigster Jahrestag - ein Stadtteilrundgang erinnert an den »Altonaer Blutsonntag«

Vier von uns

»Erinnern, nicht nur um zu erinnern. Erinnern, um in Zukunft so was zu verhindern. Wir erinnern Euch an die Zukunft Eurer Kinder.«

Die Rapper »one step ahead« aus dem Haus der Jugend Steilshoop brachten es mit dem Refrain ihres selbst geschriebenen Tracks »Erinnern« auf den Punkt.

Darum ging es der VVN-BdA aus Hamburg-Altona mit ihrem Stadtteilrundgang: **Vergleichen, Parallelen ziehen, aus der Geschichte lernen.**

Das Ereignis »Altonaer Blutsonntag« von 1932 fasste vor einem Jahr Tanja Girod in der antifa 9-10/2012 so zusammen: »Am 17. Juli 1932 endete ein Propagandamarsch der NSDAP in Hamburg in einer Straßenschlacht mit Schießerei. Während dieses Vorfalles starben 18 Menschen. Zwei SA-Leute und 16 Anwohner der Altonaer Altstadt starben im Kugelhagel der Polizei.«

Mit gefälschten Beweisen wurden gleich nach der Machtübertragung 1933 im ersten Prozess Anklage erhoben und 15 Personen verurteilt. Vier von ihnen zum Tode, die anderen elf zu insgesamt 315 Jahre Zuchthaus. August Lütgens (34), Walter Möller (26), Bruno Tesch (19), und Karl Wolff (21) richteten die

Nazis am 1. August 1933 hin. Erst am 13. November 1992 werden alle vier vom Landgericht Hamburg freigesprochen.

August Lütgens stellten uns die Altonaer besonders vor: 1897 als Kind einer Arbeiterfamilie geboren, nach der Schule Seemann, 1913 SPD- und Gewerkschaftsmitglied, Marine-soldat im Ersten Weltkrieg. 1918 beteiligte er sich in Wilhelmshaven an der Novemberrevolution. Im Mai 1919 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, konnte er jedoch aus der Haft über Dänemark in die Sowjetunion fliehen. Dort lernte er seine Frau Luise (Lisa) kennen, mit der er zwei Kinder hatte (Lisa und sein Sohn Franz wurden Opfer des 1937 beginnenden Massenterrors in der Sowjetunion. Im September 1941 verhaftet, starben beide in der Gefangenschaft).

Eine Generalamnestie ermöglichte August Lütgens 1931 die Rückkehr nach Deutschland.

Hier wurde er in Altona Politischer Leiter des verbotenen Rotfrontkämpferbundes. Am 1. August 1933 starb er unter dem Handbeil des Schafrichters. Seine Asche ist seit



»one step ahead« Rap aus Steilshoop.

Foto: Christiane Chodinski

dem 14. September 1947 auf dem Ehrenhain des Ohlsdorfer Friedhofs beigesetzt.

»Vier von uns«, diesen Titel nahmen die Sprecher und Künstler im Bühnenprogramm nach dem Rundgang als Bild für ihre aktuelle Situation und die Chancen von solidarischem Handeln auf. So protestieren Nachbarn rund um die Holstenstraße gemeinsam gegen »rassistische Polizeikontrollen«, weil Jugendliche, denen die Polizei »Migrationshintergrund« zuschreibt, verdachtsunabhängigen Kontrollen ausgesetzt sind. Am Ende dann die Rapper »one step ahead«. Auch Ihre Zukunft bleibt unklar. Ihr »Haus der Jugend« soll einem Erweiterungsbau der Stadtteilschule Steilshoop weichen. Und alle schauen auf die Vier aus Altona und ihren Widerstand. Sie sind »Vier von uns«.

Georg Chodinski

Wer war Emil Wendt?

Emil Hans Theodor Wendt war einer von den elf weiteren Verurteilten des ersten Altonaer-Blutsonntags-Prozesses.

Durch die widersprüchlichen Zeugenaussagen eines Spitzels schwer belastet, verurteilten ihn die Richter zu zehn Jahren Zuchthaus wegen »Beihilfe zum Mord«.

Am Ende der zehn Jahre wurde Emil Wendt nicht in die Freiheit entlassen, sondern in sogenannte »Schutzhaft« überführt und am 26. Oktober 1944 ermordet.

Sein Sohn versuchte Mitte der 50er Jahre, Emil Wendt auf dem juristischen Wege zu rehabilitieren.

Ohne Erfolg. Die Gerichte lehnten seine Anträge auf Aufhebung des Urteils ab. Die Begründungen lesen sich wie die Filbinger-Devisen »Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein«.

Am Ende ist es heute sein Urenkel, der mit seiner Initiative für einen Stolperstein in Hamburg-Barmbek und einen Gedenkstein im Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer des Ohlsdorfer Friedhofs das Andenken an Emil Wendt bewahren hilft.

Georg Chodinski

September bis November Hamburger VVN-Termine

Sonntag, 15. Sept., 17.00 Uhr
Film »Mut zum Leben - Die Botschaft der Überlebenden von Auschwitz«, siehe »antifa« Juli-August 2013

Sonntag, 6. Okt., 17.00 Uhr
Film »Die Verwandlung des guten Nachbarn«, D 2002 von Peter Nestler, Über den Aufstand am 14. Oktober 1943 in Sobibor.
Ort: Kino Metropolis, Dammtorstraße / Ecke Kleine Theaterstr.

17. Okt. bis 14. Nov. 2013
Harburger Gedenktage 2013: Hilfe für Verfolgte in Hamburg 1933-1945. Einzelheiten unter »gedenken-in-harburg.de«.

Sonnabend, 26. Okt. 2013
Der Hamburger Aufstand von 1923 - Zwei Stadtteilprojekte 11 - 13.00 Uhr - Ein Stadtteil-

rundgang zu den Ereignissen in Schiffbek vom 23./24. Oktober 1923. **Treffpunkt:** Parkplatz vor dem Kulturpalast Hamburg, Öjendorfer Weg 30, 22119 Hamburg. Ab 16.00 Uhr - Der Hamburger Aufstand in Barmbek.
Ort: Barmbek Basch, Wohldorfer Straße 30

Als Veranstalter behalten wir uns vor, von unserem Hausrecht nach § 6 des Versammlungsgesetzes Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechts-extremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser auszuschließen.

Donnerstag, 07. Nov., 15 - 17.00 Uhr
Mahnwache: »Erinnerung und Mahnung« anlässlich des 74. Jahrestags der Reichspogromnacht An diesem Ort wurde im faschistischen Deutschland am 9.

November 1938 die Bornplatz-Synagoge angezündet. **Veranstalter:** VVN-BdA, Jüdische Gemeinde, Universität Hamburg.
Ort: Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof), 20146 Hamburg

Donnerstag, 7. Nov., 19.30 Uhr
»Gegen das Vergessen«. Veranstaltung des Auschwitz-Komitees in der BRD e.V. zur Erinnerung an die Pogromnacht am 9. November 1938. **Ort:** Universität Hamburg, DWP (ehemals HWP), Von-Melle-Park 9, Hörsaal, 20146 Hamburg

Freitag, 08. Nov., 19 - 23.00 Uhr
»Nacht der Jugend« Die VVN-BdA wird u.a. mit den Zeitzeuginnen Steffi Wittenberg, Norma von der Walde, Ilse Jacob und Ulla Suhling vertreten sein. **Ort:** Hamburger Rathaus, Rathausmarkt 1

Fahrt nach Esterwegen

Die VVN-BdA Harburg lädt für Sonntag, den 6. Oktober, zu einer Bus-Exkursion in die neue Gedenkstätte Esterwegen ein. Start: 9.00 Uhr in Hamburg am ZOB (wir stehen vor dem Fahrzeug mit einer VVN-Fahne) und 9.30 Uhr in Harburg am Helms-Museum. Kosten: 20 Euro, für Arbeitslose, Schüler(innen) und Azubis 10 Euro. Anmeldung bitte bis zum 30. September an Mail [hjm-harburg\(at\)gmx.de](mailto:hjm-harburg(at)gmx.de).

hjm

Zur Buchmesse erscheinen Esther Bejaranos »Erinnerungen« / Präsentation im Frankfurter Titania-Theater

Eine Buchpremiere mit Esther Bejarano

Am 10. Oktober steht Esther Bejarano in Frankfurt im Mittelpunkt einer Veranstaltung von VVN-BdA, Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 und dem Hamburger Laika-Verlag. An diesem Abend werden im Frankfurter Titania-Theater als deutsche Erstausgabe Esther Bejaranos »Erinnerungen – Vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Rap-Band gegen Rechts« präsentiert.

Esther Bejarano verfasste in den siebziger Jahren ein autobiographisches Manuskript über ihre Kindheit, die Nazizeit und ihren Überlebenskampf im Konzentrationslager, über die Lust auf Leben nach der Zerschlagung des Naziregimes, die Emigration nach Palästina und Israel und schließlich die Rückkehr nach Deutschland.

Dieser 2012 in Italien erschienene Text wird nunmehr zur Frankfurter Buchmesse vom Laika-Verlag erstmals in Deutschland herausgebracht.

Dem Buchinhalt vorangestellt ist ein Grußwort der Hamburger Senatorin für Kultur, Prof. Barbara Kisseler.

Das Buch enthält weiter ein ausführliches Interview in Wort und Bild mit Esther Bejarano, geführt von der italienischen Journalistin und Autorin Antonella Romeo. Esther spricht darin von ihrer Arbeit als Künstlerin und als sozialer und politischer Mensch, von ihrem Widerstand gegen Nazis und Neonazis, gegen jede Form von Unterdrückung und Diskriminierung.

Im Unterschied zur italienischen Ausgabe enthält die deutsche Neuerscheinung eine 50-seitige Fotostrecke zur Lebensgeschichte von Esther Bejarano sowie eine freundliche Anmerkung von Peggy Parnass.

Das Nachwort verfasste Bruno Maida, Professor für zeitgenössische Geschichte an der Universität Turin.

Zur deutschen Erstausgabe gehört schließlich noch eine DVD mit einem Dokumentarfilm von Elena Valsania, der während eines Konzerts von Esther Bejarano und der Rap-Band Microphone Mafia im Januar 2011 in Turin aufgenommen wurde.

Das Programm des Abends

Eröffnet wird die Veranstaltung, die unter dem Motto »Per La Vita – Für das Leben« steht, mit einer Ansprache von Jutta Ebeling, der langjährigen Frankfurter Bürgermeisterin und jetzigen Vorsitzenden des Fördervereins des Fritz-Bauer-Instituts.

Nach der Präsentation des Buches durch den Laika-Verlag wird Bettina Kaminski vom Ensemble des Freien

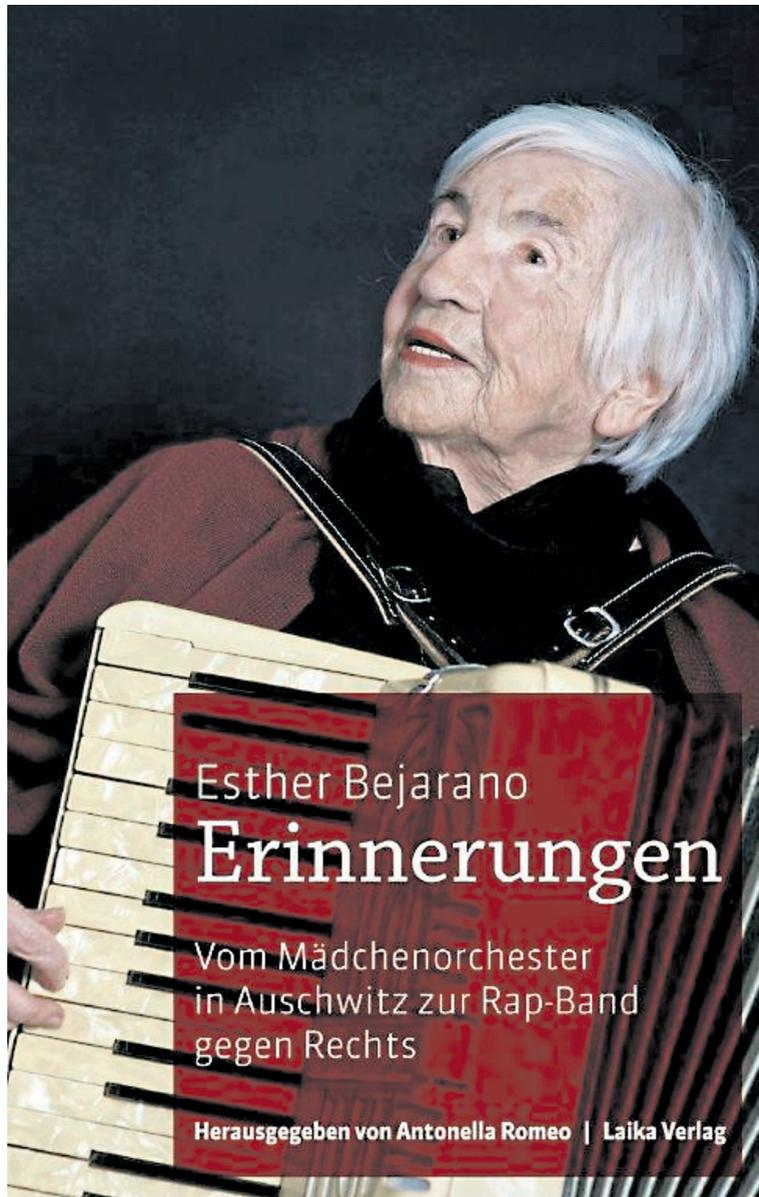


Foto: Peter Bisping

Schauspiels Frankfurt Texte aus dem Buch vorlesen.

Mit der Lesung verbunden ist eine Wiedergabe von Mitschnitten des Turiner Konzerts von Esther Bejarano und der Microphone Mafia.

Schließlich werden wir – und darauf freuen wir uns ganz besonders – Esther Bejarano erleben.

Sie und die Gruppe Microphone Mafia haben uns bereits am 1. Mai auf dem Frankfurter Römerberg bei der Kundgebung des DGB und des Römerbergbündnisses gegen den

vorgesehenen Neonaziaufmarsch (der von einem breiten antifaschistischen Bündnis verhindert wurde!) begeistert.

Unterstützt wird die Veranstaltung am 10. Oktober von mehreren Frankfurter Organisationen und Initiativen, darunter der DGB Region Frankfurt-Rhein-Main, die DGB-Jugend Frankfurt, die Bildungsstätte Anne Frank, der Club Voltaire, die Initiative gegen das Vergessen – LAGG, die Rhein-Main-Regionalgruppe von Gegen Vergessen – Für Demokratie,

die Ettie und Peter Gingold-Erinnerungsinitiative und das Offene Haus der Kulturen, sowie die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR). (Stand 25. August).

Die Veranstaltung beginnt um 20 Uhr im Titania-Theater (Frankfurt-Bockenheim, Baisaltstr. 23).

Flyer – mit Hinweisen auf die Veranstaltung – sind ab Mitte September im Umlauf.

Mit 88 Jahren: immer engagiert

Esther Bejarano ist Überlebende der KZs Auschwitz und Ravensbrück. Sie war Mitglied des Mädchenorchesters im KZ Auschwitz. Nach gelungener Flucht und Befreiung, der Auswanderung nach Palästina und Israel, wo sie heiratete, kehrte sie mit ihrer Familie nach Deutschland zurück, wo sie sich seit nunmehr Jahrzehnten nicht nur künstlerisch, sondern auch politisch – u. a. als Zeitzeugin und bei Kundgebungen und Veranstaltungen – als nunmehr 88-jährige immer noch aktiv für eine anhaltende Erinnerungskultur, gegen jeden Neonazismus, Antisemitismus, Rassismus und gegen Menschenfeindlichkeit engagiert.

Esther Bejarano ist Mitbegründerin und Vorsitzende des Auschwitzkomitees der Bundesrepublik Deutschland sowie Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland (VVN-BdA).

Im vergangenen Jahr wurde ihr in Anerkennung ihres antifaschistischen Engagements das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

P.C. Walther

**Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24**

**Wir bitten um Spenden für
den Landesverband Hessen!
Spendenkonto:
VVN-BdA Hessen Postbank Frankfurt
Kontonr. 49 330 - 602, BLZ 500 100
60**

Terminhinweis und Einladung zur Landesmitgliederversammlung 2013

Unsere nächste ordentliche Landesversammlung findet satzungsgemäß auf Beschluss des Landesausschusses vom 20. 8. 2013 als

Landesmitgliederversammlung am Samstag, dem 7. Dezember 2013,

von 14.00 bis 17.30 Uhr in Frankfurt am Main im DGB-Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69/77, im Willi-Richter-Saal statt.

Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Rechenschafts- und Kaszenberichte sowie die Neuwahl der Mitglieder des Landes-SprecherInnenrates sowie der Mitglieder für

die übrigen nach § 10 der Satzung zu besetzenden Funktionen in der Landesvereinigung (Kassierung, Revision, Beschwerdekommision und Vertretung im Bundesausschuss).

Eine Einladung mit Tagesordnung und den erforderlichen Unterlagen geht allen Mitgliedern der Landesver-

einigung über die Kreisvereinigungen (bzw. wo keine solchen vorhanden sind, direkt vom Landesausschuss) nochmals zu.

Frankfurt am Main, am 20. August 2012

Der Landesausschuss der Landesvereinigung VVN-BdA Hessen

Ausstellung – mit Beratung für Schulklassen

Legalisierte Asplünderung der Juden

Im Museum in Dreieich (Fahrgasse 52) zeigen der Hessische Rundfunk und das Fritz Bauer-Institut bis zum 10. November die Ausstellung »Legalisierter Raub. Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945«. Für diese Präsentation wurde die Ausstellung eigens mit einem neuen, regionalen Schwerpunkt versehen.

Die Ausstellung befasst sich mit den nazistischen Gesetzen und Verordnungen, die ab 1933 auf die Ausplünderung jüdischer Bürger

zielten. Sie stellt die Finanzbehörden vor, welche die Gesetze in Kooperation mit weiteren Ämtern und Institutionen umsetzten – und sie informiert über die Opfer.

Geöffnet ist die Ausstellung donnerstags und samstags von 14.00 bis 18.00 Uhr, sonntags von 11.00 bis 18.00 Uhr.

Für Gruppen und Schulklassen sind nach Anmeldung (unter 06103/84914) besondere Führungen möglich.

Das Pädagogische Zentrum des Fritz Bauer-Instituts (Tel.: 069/21249439) berät bei Einbindung des Themas in den Unterricht.

Freibrief für Neonazis

Wegen rassistischer und antisemitischer Hetze (u.a. mit der Darstellung blutiger Davidsterne) hatte die Linkspartei in Eschborn die Neonaziorganisation »Nationale Sozialisten« angezeigt. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen ein, weil es sich bei den »Nationalen Sozialisten« »nicht um eine verbotene Organisation handelt« und ein Davidstern mit blutigen Händen »auch als Kritik am Staat Israel gedeutet werden« könne.

Neonazi-Kumpel

Im Frankfurter Osthafen feierten und lärmten Neonazis (u.a. mit lauten Naziliedern) in der Grillhütte eines Clubs von Angehörigen der Wasserschutzpolizei. Ein Vereinsmitglied hatte, wie es in einem Pressebericht hieß, die Vereinshütte »einem Kumpel überlassen«.

Nachträglich: Rechtswidrig

Ein Jahr und vier Monate nach der stundenlangen polizeilichen Einkesselung von Teilnehmern der antikapitalistischen »M31« – Demonstration im März 2012 in Frankfurt hat das Landgericht Frankfurt aufgrund einer Anzeige im Juli 2013 den Polizeikessel für rechtswidrig erklärt.

Rheinland-Pfalz

Zum Tod von Seppel Kauff

Vom jungen Wehrmachtssoldat zum erfahrenen Antifaschist

Am 13. Juni 2013 starb unser Freund und Kamerad Seppel Kauff im Alter von 87 Jahren in Mainz. Seppel hat als Kommunist und VVN-Mitglied in den Jahrzehnten seit der Befreiung vom Faschismus in vielfältiger Weise dazu beigetragen, dass die Lehren des antifaschistischen Widerstandes nicht vergessen wurden.



Sein eigenes Kriegserlebnis war drastisch und hat ihn ein Leben lang geprägt. Nach der Volksschule und einer Lehre als Chemielaborant wurde Seppel mit gerade 18 Jahren als Soldat zur Marine eingezogen.

Das Schiff, auf dem er sich auf dem Weg zum ersten Kriegseinsatz

befand, wurde von britischen Kanonen getroffen und versenkt. Seppel überlebte, trieb aber lange, ohne Aussicht auf Rettung im eiskalten Wasser des Ärmelkanals. Es waren wiederum britische Soldaten, die ihn fanden und damit sein Leben retteten. Nach der Kriegsgefangenschaft, die er im Lazarett verbrachte, erreichte er mit letzter Kraft sein Elternhaus in Mainz.

Seine Entscheidung, dafür zu kämpfen, dass nie wieder Krieg von diesem Land ausgehen soll, war ebenso Resultat seiner eigenen Erfahrung als auch seiner politischen Beschäftigung mit den Ursachen von Krieg und Faschismus. Seppel organisierte sich in der FDJ und beteiligte sich an deren legendären Friedensaktionen.

Als 1950 bekannt wurde, dass auf Weisung der Westalliierten im Felsen der Loreley 22 Sprenglöcher gebohrt wurden, damit im Fall eines sowjetischen Angriffs durch eine Sprengung der Rhein an der Loreley unpassierbar wäre, war Seppel beteiligt, als FDJler bereits fertig gestellte Sprenglöcher mit Zement füllten. Durch eine Sprengung wäre der gesamte Südwesten des Landes unter Wasser gesetzt worden.

Seppel hatte in Folge des Kriegserlebnisses eine Lungentuberkulose, 1964 erkrankte er erneut schwer und befand sich vier Jahre lang im Krankenhaus.

Nichtsdestotrotz blieb er politisch aktiv, war Mainzer KPD-Vorsitzender und kämpfte gegen das Verbot von FDJ und KPD.

Neben seiner politischen Arbeit war er Gründungsmitglied eines Mandolinenorchesters im Schalmeien-Blasorchester Mainz-Bretzenheim, sammelte Mineralien und Fossilien und war ein begeisterter Filmemacher.

In seinen letzten Lebensjahren unterstützte Seppel das Projekt »Trotz alledem!«, das mit Porträts des Mainzer Künstlers Thilo Weckmüller und kurzen Biografien von antifaschistischen Widerstandskämpfern aus der Rhein-Main-Region seit 2008 mehrere erfolgreiche Ausstellungen zeigte.

Mathias Meyers

Impressum:
VVN-BdA Rheinland-Pfalz, Lutrinastraße 6
67655 Kaiserslautern
Redaktion: Mathias Meyers

Antirassistische Solidarität mit Flüchtlingsheim in Hellersdorf

NPD und »Pro D« erfolgreich gestört

»Nazis raus« schallte es am Abend des 20. Augusts über mehrere Stunden am Alice-Salomon-Platz in Berlin-Hellersdorf. Grund hierfür war eine Kundgebung der NPD, die unter dem Motto „Nein zum Heim!“ versuchte, die aufgeheizte Diskussion um das in Hellersdorf neu eröffnete Flüchtlingsheim im Wahlkampf zu nutzen. Bereits im Juli, als der Bezirk eine Infoveranstaltung zum Heim machte, traten die Nazis mit ihrer menschenfeindlichen Haltung auf. Die Rechten stellten die Geflüchteten als Sicherheits- und Kostenproblem dar und führten sich als Vertreter der Anwohnerinnen und Anwohner auf. Mit dieser Propaganda erreichten die Nazis diesmal auf ihrer Kundgebung aber nicht die Öffentlichkeit.

Mehr als 500 Gegendemonstrantinnen und -demonstranten störten erfolgreich die NPD-Veranstaltung. Die Redebeiträge, u. a. von Maria Fank, der Berliner Vorsitzenden des »Rings Nationaler Frauen«, gingen im Lärm von Parolen und Trillerpfeifen unter.

Nach mehreren Stunden packten die etwa 20 Nazis ihre Materialien wieder ein und bereiteten sich auf den Rückweg vor. Hierbei stellten sich die Antifaschistinnen und Antifaschisten den Nazis erneut in den Weg und machten so das Ende der Nazi-Veranstaltung zu einem Chaos – sinnbildlich für den Rest der Veranstaltung.

Am Morgen nach der erfolgreich gestörten Veranstaltung der NPD veranstaltete »Pro Deutschland« seinen Wahlkampfauftakt in Hellersdorf. Auch hier war das Flüchtlingsheim der Aufhänger.

Erneut war eine große Anzahl von Antifaschistinnen und Antifaschisten präsent. Abgeschildert durch Polizeigitter nahmen weniger als 10 Aktivisten von »Pro Deutschland« teil. Außerhalb standen noch einige Mitglieder der gegen das Flüchtlingsheim gerichteten

ten anonymen »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf«, in der sich angeblich Anwohnerinnen und Anwohner organisieren. Auf der anderen Straßenseite machten mehr als 150 Antirassisten und Antirassistinnen Lärm, spielten Musik.

Wir verteilten den Wahlflyer der Berliner VVN-BdA an Vorbeikommende. Eine erfolgreiche rechte Propaganda konnte an beiden Tagen verhindert werden.

Doch auch wenn die Veranstaltungen der NPD und von »Pro Deutschland« gescheitert sind – das Flüchtlingsheim wird auch in nächster Zeit von rechts bedroht werden.

Nachdem am 19. August die ersten Geflüchteten in das Heim einzogen, kam es zu Anfeindungen gegen sie und die antirassistische Mahnwache, die sich in der Nähe postiert hatte.

Ein Mann zeigte sogar den Hitlergruß und wurde von der Polizei abgeführt. Die Geflüchteten selbst reagierten verschreckt. Manche von ihnen verließen bereits wenige Stunden später wieder das Heim.

Doch nicht alle Hellersdorfer reagieren feindlich. Es hat sich auch eine Initiative »Hellersdorf hilft Asylbewerbern« gegründet, die sich den Geflüchteten gegenüber offen zeigt und Hilfsaktionen vorbereitet. In dieser Situation ist es



We say it loud, we say it clear, refugees are welcome here (Wir sagen es laut, wir sagen es deutlich, Flüchtlinge sind hier willkommen)!

wichtig zu zeigen, dass die Lösung von sozialen Problemen nicht in der Ausgrenzung von Mitmenschen bestehen kann. Um ein antirassistisches Zeichen zu setzen, aber auch um die Entwicklungen zu beobachten und notfalls das Heim zu schützen, gibt seit dem Tag des Einzugs die antirassistische Mahnwache, die Tag und Nacht besetzt ist.

Freundliche Nachbarn haben die Mahnwache mit Essen und Trinken unterstützt. Unterstützung ist hier auch weiterhin herzlich willkommen. Und nicht nur in Hellersdorf. Denn in letzter Zeit kommt es auch in anderen Bezirken der Stadt, so in Reinickendorf und Rudow, zu Protesten gegen die Unterbringung von Flüchtlingen. In Reinickendorf wehrten sich Anwohnerinnen gegen beispielsweise Flüchtlingskinder auf dem Spielplatz.

Es gilt also weiterhin aufmerksam zu bleiben und zu demonstrieren: We say it loud, we say it clear, refugees are welcome here (Wir sagen es laut, wir sagen es deutlich, Flüchtlinge sind hier willkommen)! Die Berliner VVN-BdA ist dabei mit ihren Fahnen, Trillerpfeifen und dem Wahlflyer zum 22. September: Meine Stimme gegen Neonazis und Rassisten.

T. Goßmann/L. Greber

Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

...immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr, Café Sibylle Karl-Marx-Allee 72 10243 Berlin U 5 Strausberger Platz

16. September 2013

Ich bekenne, ich habe gelebt
Gedichte von Pablo Neruda und lateinamerikanische Lieder

Pablo Neruda sei hauptsächlich durch seine Liebesgedichte berühmt, behaupteten die Blätter von Spiegel bis taz – anlässlich der aktuellen Debatte um die Ursache seines Todes – erst vor wenigen Wochen.

Das chilenische Volk wusste es schon zu seinen Lebzeiten besser: Ihm läutete der Dichter die Sturmglocken, als es 1970 für drei unvergessene Jahre sein Schicksal in die eigenen Hände nahm.

Es lesen und singen: die Schauspielerin Margarete Steinhäuser, der Regisseur Peter Wittig, der Musiker Jorge Castro.

21. Oktober 2013

Zum 101. Geburtstag von Lin Jaldati

Jalda und Kathinka Rebling erzählen und singen von ihrer Mutter.

Die Sängerin Lin Jaldati (1912-1988) und ihr Mann, der Musikwissenschaftler Prof. Dr. Eberhard Rebling (1911–2008) waren beeindruckende Künstlerpersönlichkeiten, deren Leben durch die Wirrnisse des 20. Jahrhunderts geprägt waren. Beider künstlerische Arbeit begann in den dreißiger Jahren in Amsterdam, als die niederländische Sängerin den antifaschistischen Emigranten aus Berlin kennenlernte. Beide gingen in den Untergrund und blieben auch in der holländischen Illegalität künstlerisch aktiv.

Lin und ihre Schwester Jannie wurden 1944 verhaftet und von Westerborg nach Auschwitz nach Bergen-Belsen deportiert. Nach der Schoah wurde Lin eine der wichtigsten Vertreterin der Jiddischen Kultur in der Welt.

1952 übersiedelten sie in die DDR, wo sie bis zu ihrem Tod arbeiteten und musizierten und das kulturelle Leben der Stadt entscheidend mitgestalteten.

Ihre Töchter Jalda und Kathinka Rebling, beides selbst bekannte Musikerinnen, erzählen und singen von ihrer Mutter.

Meine Stimme gegen Nazis & Rassisten

Am 22. September 2013 demokratisch wählen! Rassistische Netze stoppen! Rechtsaußen bleibt draußen!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 22. September 2013 sind Bundestagswahlen. Fast alle Berliner Bürger_innen sind aufgeufen, die neuen Abgeordnet_innen des Bundestages zu wählen.

Neonazistische – in Berlin vor allem die neonazistische NPD – und rassistische »rechtspopulistische« Parteien wie die selbsternannte Bürgerbewegung »Pro Deutschland!« und andere kleinere rechte Parteien treten zur Wahl an und versuchen politischen Einfluss zu gewinnen.

Schon der Wahlkampf dieser Parteien ist oft nur eine einzige hasserfüllte Beleidigung für alle Menschen, die nicht in das dumpe rassistische und rückwärtsgewandte Weltbild ihrer Mitglieder und Wähler_innen passen.

Wir, die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. (Berliner VVN-BdA) bitten Sie: Stellen Sie sich hinter ihre Mitmenschen und sagen auch Sie (nicht nur) am 22. September:

Meine Stimme gegen Neonazis und Rassisten!

Viele Menschen in diesem Land haben immer noch kein Wahlrecht. Sie sind die Minderheit. Sagen Sie nicht die Wahrheit, sondern die Lüge.

ASCHISMUS ist KEINE MEINUNG, SONDERN EIN VERBRECHEN

Quelle: Antifaschistisches VVN

»Stolpersteine für Else und Emil Linke«

Über den Kampf der beiden Kommunisten Else und Emil Linke gegen den Faschismus und ihr Leben im Rixdorf der dreißiger Jahre berichten Wolfgang Linke und Marina Garbusowa am 19. September 2013, 19.30 Uhr in der Galerie »Olga Benario«.



Liddy und Götz Kilian mit ihrer Tochter Isot a Familie Linke: Else und Emil mit ihren Kindern Wolfgang, Johanna und Martin ca. 1935 m 18. Juni 1933, kurz vor der wiederholten Verhaftung von Götz.

Foto: Privatbesitz

Else und Emil Linke lebten ab 1924 in Neukölln, zuletzt in der zweiten Richard-Straßen-Prozess vor den Nazis fliehen. Zunächst

Böhmischen Straße 28 a, und waren als aktive Kommunisten bekannt. 1931 organisierten sie einen Mieterstreik gegen die Eröffnung des SA-Lokals Richardsburg in der Richardstraße 35.

In der Reichstagsbrandnacht 1933 wurde Emil verhaftet. Zunächst war er im Gefängnis Spandau inhaftiert und kam im April 1933 in das KZ Sonnenburg. Nach etwa einem halben Jahr wurde er wieder freigelassen. Hausdurchsuchungen und Drangsalierung der Familie durch die Gestapo standen auf der Tagesordnung. Trotzdem arbeiteten die Linkes weiter in der nun illegalen KPD.

Im Jahr 1935 mussten sie wegen drohender Verhaftung im Zusammenhang mit dem ersten Richard-Straßen-Prozess vor den Nazis fliehen. Zunächst

flüchtete Emil Linke nach Prag, weiter nach Moskau, Else folgte ihm mit den drei Kindern. Im Moskauer Emigrantenheim kamen sie wieder zusammen. Es begann die Zeit des »Großen Terrors«: Emil wurde 1938 verhaftet und wenige Wochen später in Butowo bei Moskau erschossen. Nach Kriegsbeginn Deutschlands gegen die Sowjetunion im Jahr 1941 wurde Else mit den Kindern nach Südkasachstan evakuiert. Ihre Tochter starb dort 1945 an Typhus, der älteste Sohn 1947 nach einem Arbeitsunfall. So hat die Flucht vor den Nazis das Leben der Familie in dramatischer Weise beeinflusst.

Else kehrte mit ihrem jüngsten Sohn Wolfgang 1947 nach Berlin zurück. In Erinnerung an die Flucht von Else

und Emil Linke mit ihren Kindern werden am 19.

September 2013 in der Böhmischen Straße vor dem Haus 28 a fünf Stolpersteine verlegt. Die Verlegung der Steine wird musikalisch von der Band »Cosma« begleitet.

Deren Schlagzeuger ist der Urenkel von Else und Emil Linke und lebt heute mit seiner Familie in Neukölln.



Parteizelle: Else (2. von links) und Emil Linke (2. von rechts) im Kreis ihrer Genossen in der Böhmischen Straße 28a (Gertrud Rosemeyer 4. von links)

Gedenkstättenfahrt zum KZ Lieberose

Es war bereits die sechste Gedenkstättagestagesfahrt der VVN-VdA, in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit dem Sachsenhausenkomitee. Am 26. Mai 2013 fuhren wir, 40 Kameradinnen und Kameraden, mit dem Bus nach Jamlitz, etwa 30 km nördlich von Cottbus. Hier befand sich eines der 100 Außenlager des KZ Sachsenhausen, das KZ Lieberose.

Im November 1943 wurden die ersten Häftlinge nach Lieberose deportiert. Im Frühjahr 1944 folgten weitere Transporte aus Auschwitz und Groß Rosen, das Lager entwi-

ckelte sich zum größten jüdischen Häftlingslager auf dem Territorium des so genannten »Altreiches«.

Neben Häftlingen, die zur Strafverschärfung aus Sachsenhausen hierher gebracht wurden, waren hier schätzungsweise 10.000 jüdische Häftlinge, zumeist aus Ungarn und Polen, gefangen und mussten unter unmenschlichen Bedingungen den nahe gelegenen SS-Truppenübungsplatz »Kurmark« errichten. Mehrere tausend Häftlinge

haben dabei hier ihr Leben lassen müssen, »Vernichtung durch Arbeit« nannten die Nazis das zynisch. Bei der Liquidierung des Lagers am 2. Februar 1945 ermordete die SS auf dem Lagergelände etwa 1.200 marschunfähige Häftlinge, weitere 1.500 Menschen wurden auf den Evakuierungsmarsch zum Konzentrationslager nach Oranienburg getrieben.

Neben einer Besichtigung mit Führung durch die kleine, aber inhaltsreiche Ausstellung der Gedenkstätte und der Open-Air-Ausstellung bei den Resten des Lagers stand der Besuch des jüdischen Friedhofes Schenkendöbern auf dem Programm, wo die von der SS ermordeten marschunfähigen Häftlinge verscharrt wurden.

Am Mahnmal des KZ weihen wir eine Gedenktafel für Bogdan Karolak ein und gedachten der Opfer mit Blumen.

Frieder Böhne



Gedenktafel für Bogdan Karolak Foto: Jutta Harnisch

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Telefon: 030 / 29 78 41 78
Fax: 030 / 29 78 43 78
Internet:
<http://berlin.vvn-bda.de>
E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!
Spendenkonto:
Postbank Berlin
Konto-Nr.: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Noch immer dürfen Nazis Dortmund als Aufmarschplatz nutzen

Gewalttaten der Rechten wie bisher nicht gekannt

Etwa 370 alte und junge Neonazis erhielten am 31. August für rund acht Stunden die Gelegenheit zu ihrer Hetze.

»Rund 1000 Nazi-Gegner aus verschiedenen Lagern demonstrieren weitgehend friedlich gegen den Aufmarsch der Partei »Die Rechte.« meldeten hinterher die Medien. Im Verlauf des Marsches kam es zu mehreren Sitzblockaden, die jedoch von der Polizei geräumt wurden.

Andererseits hatte sich Dortmunds OB Ullrich Sierau für Sitzblockaden ausgesprochen. Friedlicher Protest, Sitzblockaden und ziviler Ungehorsam müssen möglich sein, um die Vision von einem nazifreien Dortmund Wirklichkeit werden zu lassen.

Im Laufe der Aufmärsche eskalierte die Lage. Nazis warfen Sprengkörper auf Teilnehmer einer Demonstration von »Dortmund stellt sich quer«. Dabei wurden drei Antifaschisten und ein Polizist verletzt. Drei Nazis wurden festgenommen, bald aber wieder freigelassen. Gegen Angehörige des Anti-Nazi-Bündnisses »Dortmund stellt sich quer« setzte die Polizei Pfefferspray ein. Wer »A-A-Antikapitalista« rief wurde vom Marsch des »Arbeitskreises« ausgeschlossen, der sich am Antiextremismus der Polizei beteiligte.

Der WDR hatte es sich nicht nehmen lassen, auf der Nazikundgebung zu filmen.

Die Redner wie Thomas Wulf und Wolfram Narath repräsentierten ein breites Spektrum verbotener Organisationen. Die Nazi-Kundgebung hatte daher diesmal nicht Friedensgespräche zum Antikriegstag zum Thema, sondern: »Gegen Organisationsverbote und Freiheit für politische Gefangene« Einige Redner erwiesen sich als Holocaustleugner und Werber für eine wiedererstehende NSDAP sowie für ein faschistisches Reich. Ein verummter Redner mußte seine Rede auf Polizeiintervention hin abbrechen.

Die Polizei sah keine rechtliche Handhabe gegen die neue Neonazi-Partei »Die Rechte« vorzugehen, welche sich als Fortsetzerin des verbotenen »Nationalen Widerstandes Dortmund« betätigt. Norbert Wessler, mit viel Vorschußlob ausgestatteter und seit einem Jahr im Amt befindlicher Polizeichef, machte an diesem Wochenende einen hilflosen Eindruck. Er redete Gefahren durch eintausend gewalt-

bereite Antinazis herbei und kündigte deren drohendes Erscheinen in der einzigen verbliebenen Lokalzeitung »Ruhrnachrichten« (CDU-nahe) an.

War die Welle von bundesweiten Aufmärschen der Nazis vor 13 Jahren noch gestartet worden als Antwort auf sensationelle Enthüllungen der »Westfälischen Rundschau« – Motto der Rechten damals: Gegen antinationale Pressehetze –, so ist eine derartige Thematik heute nicht mehr nötig. Es gibt die »Westfälische Rundschau« (einst SPD-nah) nicht mehr als Dortmunder Zeitung; ein Blatt mit diesem Titel wird jetzt mit Ruhrnachrichten-Text und ohne Anti-Nazi-Enthüllungen verbreitet.

nach Dortmund – Kein Fußbreit den Faschisten! Weder in Dortmund noch anderswo!«

Eine Aktionswoche für Frieden, Demokratie und Menschlichkeit

Zum dritten Mal wurde in Dortmund das Konzept der Raumbesetzung gegen die Nazis angewendet. Das heißt: So viele Plätze wie möglich als Kundgebungsräume beanspruchen, so daß den Nazis möglichst nichts übrig bleibt.

So fand dann an dem beliebten Aufmarschort der Faschisten gegenüber dem Südausgang des Hauptbahnhofs zum dritten Mal

Dortmund verübten Morde der Nazis forderte Ulrich Sander (VVN-BdA), man möge endlich die Polizeiskandale der letzten 13 Jahre in Dortmund aufklären und dabei auch auf die 55jährige Vorgeschichte zurückblicken. Dortmund brachte es fertig, Anfang der 50er Jahre die Einhaltung von Verordnungen vom Februar 1933 (!) bei Aktionen der VVN zu verlangen und die Tätigkeit höchster Beamter aus dem Reichssicherheitshauptamt in der Dortmunder Polizei und von NS-Juristen in der Justiz zuzulassen. Ist diese Tradition die Erklärung dafür, dass auch die Dortmunder Polizei und Justiz nichts unternahm, um den NSU-Verbrechern auf die



Dortmund am 31. August 2013. Demonstration gegen den Aufmarsch »Der Rechten«

Das hinderte die Demokraten der Stadt nicht, sich in wenn auch komplizierten, aber dennoch aktiven Bündnissen zusammenzufinden. »Viele Bündnisse, aber ein Wille: Dortmund nazifrei« haben wir deshalb auf <http://www.nrw.vvn-bda.de/> www.nrw.vvn-bda.de getitelt. Es gab von der VVN-BdA verbreitete Aufrufe des Bündnisses »Dortmund gegen Rechts«, in dem auch die VVN-BdA mitwirkt, ferner des bundesweiten Bündnisses »Dortmund stellt sich quer« und das Bündnis »Dortmund Nazifrei«, Zudem hat sich der offiziöse »Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus« zu Wort gemeldet und an die Spitze der Bewegung gestellt »Die vier Aufrufertexte mögen irritieren, aber klar ist: Quer, Nazifrei und BDgR arbeiten zusammen.«

**Man war sich einig:
»Kommt am 31. August**

ein sechstägiges gewerkschaftliches Friedensfest statt. Sowohl eine Bühne als auch ein Zelt der Friedensbewegung und der VVN-BdA standen zur Verfügung, wo allabendlich Programme abliefen.

Hunderte Unterschriften unter den Appell für ein NPD-Verbot wurden gesammelt. Von der Bühne wurde der Aufruf zum Frieden im Nahen Osten und auch gegen eine Intervention in Syrien immer wieder ausgesprochen.

Viel Zustimmung erhielten Ulla Jelpke (MdB-Die Linke) und Ula Richter (Bündnis Dortmund gegen Rechts) für eine strikte Forderung nach Ende aller deutschen Kriegseinsätze. Jutta Reiter (DGB-Regionalvorsitzende) begrüßte den Anteil auch der älteren Antifaschisten, so aus der VVN-BdA, am Protest.

Bei einer Gedenkkundgebung für die fünf in den letzten Jahren in

Spur zu kommen? **U. S. Diesmal gibt es nur eine NRW-Seite in der »antifa«.** Es sollen ja alle Landesverbände mal drankommen! Eine Fülle von Informationen, Berichte, Ankündigungen stehen aber regelmäßig auf der Seite <http://www.nrw.vvn-bda.de/> www.nrw.vvn-bda.de. Dort findet sich z.B. auch eine Berichterstattung über die schrecklichen Vorgänge um das Roma-Haus von Duisburg.

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW
Gathe 55,
42107 Wuppertal,
Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de
www.nrw.vvn-bda.de

Unser Spendenkonto:
Postbank Essen,
Konto 28 212-435,
BLZ 360 100 43

Schilder der Philipp-Müller-Straße sind heiß begehrt

Erfolgloser Protest gegen SPD-CDU-Beschluß in Halle

Die Umbenennung der Halleschen Philipp-Müller-Straße in Willy-Brandt-Straße wurde für die Stadt teuer. Denn seit die neuen Straßenschilder kürzlich angebracht wurden, haben Souvenirjäger einen Großteil der alten Schilder – die noch eine Weile hängen sollten - von den Masten gestohlen.

Auch die Vereinigung Landesverband der Verfolgten des Nazi-regimes und der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VdN - BdA) e. V. Sachsen-Anhalt hatte gegen die Namensumbenennung protestiert – und dies nicht nur weil ihre Adresse lautete: Philipp-Müller Str. 57.

Die vom Stadtrat beschlossene Umbenennung der Philipp-Müller-

Straße in Willy-Brandt-Straße wurde nicht mit den Anwohnern kommuniziert, wie es sonst üblich ist.

Der Antragssteller, die SPD, habe dazu keine Veranlassung gesehen, und die CDU stand dem nun vollzogenen Plan sehr wohlwollend gegenüber.

Der 21jährige Philipp Müller wurde 1952 in Essen bei einer Demonstration für den Frieden und gegen die

Wiederbewaffnung von der Polizei erschossen – ein Schuß von hinten war tödlich. In der DDR wurden viele Straßen nach dem Friedenskämpfer benannt. Nun wurde das Gedenken an den jungen FDJler auch in Halle getilgt. Jedoch haben Antifaschisten vor einem Jahr dafür gesorgt, daß Philipp Müller in Essen mit einer Gedenktafel geehrt wurde.

Auf der Ratssitzung in Halle hatte die Linksfraktion beantragt, den mit Stimmen der SPD und der CDU gefaßten Umbenennungsbeschluß aufzuheben. Die Umbenennung der Straße hatte zu einem monatelangen Streit in der Stadt geführt. Eine Bürgerinitiative hatte sogar Unterschriften gegen den neuen Namen gesammelt.

Glückwunsch an Karl-Heinz Hoffmann

Gegen die zunehmende Nivellierung der Geschichte

Der Landesvorstand des VdN-BdA Sachsen-Anhalt gratulierte am 2. August 2013 seinem Ehrenvorsitzenden Karl-Heinz Hoffmann zum 99. Geburtstag.

Karl-Heinz Hoffmann gehört zur ersten Reihe der Antifaschisten und Kämpfer gegen Nazideutschland damals und Neofaschismus heute. Ursprung seiner humanistisch-revolutionären Gesinnung liegt im kommunistischen Berliner Elternhaus.

Mit 14 Jahren schon trat Karl-Heinz dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) bei, betätigte sich sportlich im Arbeitersportbund »Fichte« und leitete eine Gruppe der »Roten Pfadfinder«.

Als 1933 die schmachvollste Zeit für Deutschland anbrach, schlug der Mob der ersten Terrorwelle bei den Hoffmanns zu: Hausdurchsuchung und erste Verhaftung aus politischem Grund.

Vater und Sohn waren von da an doppelt gefährdet: der Vater als »glaubensloser Volljude«; der Sohn als »jüdischer Mischling«. Dem zum Trotz versuchten beide, sich mit kleinen, illegalen Aktionen dem Terror entgegen zu stemmen.

1939, als »Halbjude« aus der Wehrmacht entlassen, gelang es Karl-Heinz, unerkannt, Arbeit in einem kriegswichtigen Berliner Betrieb zu finden. In den Jahren des gefährlichen Versteckspiels setzte er, mit Gleichgesinnten, in geistiger Nähe zur Gruppe von Herbert Baum, mit illegalen Aktionen kleine Zeichen wider den braunen Ungeist. Am 1. August 1944 wurde er denunziert und zur Zwangsarbeit verurteilt.

Er durchlief die Hölle des Steinbruchs bei Gommern. Blieb trotzdem Mensch in der Gemeinschaft der schwachen Starken. Eine Panzerdivision der Roten Armee brachte im Frühling 1945 die langersehnte Freiheit.

Karl-Heinz stellte sich sofort, ohne sich zu schonen, mit seinem Kampferfahrungen, auch seiner Menschenliebe, für den Aufbau einer neuen, besseren Gesellschaft zur Verfügung. Dann, als Journalist in Leipzig ausgebildet, mischte er sich mit den Waffen des Wortes ein, eckte an bei bornierten, kleingeistigen Funktionären, nahm um der Wahrheit willen auch Karrierebrüche in Kauf. Im Fokus seiner leidenschaftlichen Arbeit stand

stets, der jungen Generation ein lebendiges Geschichtsbewußtsein zu vermitteln und sie damit für ein Leben in einer gefährdeten Welt zu sensibilisieren.

Das setzte er nach 1989 fort, nun als langjähriger Leiter der Basisorganisation des VdN-BdA.

Einige der von ihm gewonnenen jungen Leute bezieht er aktiv in die Mitgestaltung der neuen Erinnerungs- und Gedenkkultur ein, befähigt, ermutigt und unterstützt sie beim Kampf gegen den Neofaschismus.

Gegen die zunehmende Nivellierung der Geschichte setzt Karl-Heinz Hoffmann nicht nur sein auf Tatsachen gestütztes Veto, sondern persönliche Zeichen. Den Städten Weißenfels, Zeitz, Naumburg, Halle/S.

und Magdeburg übergab er vollständige Namens- und Adressenlisten der von den deutschen Faschisten ermordeten jüdischen Mitbürger.

Für eine umfangreiche »Bildokumentation über Grabstellen sowjetischer Kriegsgefangenen und ziviler Zwangsarbeiter« wurde Karl-Heinz Hoffmann, 2005, mit dem hohen russischen Orden »Peter der Große« geehrt.

Der Landesvorstand des VdN-BdA Sachsen-Anhalt dankt seinem Ehrenvorsitzenden für seine langjährige, engagierte, leidenschaftliche Arbeit im Sinne des Schwurs von Buchenwald; auch im Goetheschen Sinne, den Wahlspruch, den er liebt: »Sehet, das Neue findet uns neu!«

Gisela Döring



Der Landesvorstand des VdN-BdA Sachsen-Anhalt dankt seinem Ehrenvorsitzenden Karl-Heinz Hoffmann.

Redaktion: Manfred Humprecht

Willy - Brandt - Str. 57
06110 Halle (Saale)
Telefon: 0345 / 202 11 39
Fax: 0345 / 202 11 39
E - Mail: vdn - bda@web.de

Wir bitten um Spenden für den VdN - BdA Sachsen - Anhalt!
Spendenkonto:
Commerzbank Halle (Saale)
Konto - Nr. : 104 972 501
BLZ: 800 400 00